

## Politische Bildung

Demokratie

Selbstbe-  
stimmung

Freie  
Bildung

**DDSDS**

Zeitschrift  
der Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Bayern

November  
2014

## Politische Bildung

- 3 **Was ist politische Bildung?**  
von PD Dr. Fritz Reheis
- 5 **Das Kleinkind als Subjekt seiner politischen Bildung**  
von Fritz Köbler
- 7 **Politische Bildung durch soziales Engagement**  
von Viktoria Lachenmaier
- 8 **In der Freizeit demokratisch Demokratie lernen**  
Außerschulische politische Bildung  
von Renate Grasse und Stephan Geuenich
- 10 **Gewerkschaften als Träger und Anbieter politischer Bildungsarbeit: Gewerkschaftsjugend in Aktion**  
von Katja Ertl und Kathrin Birner
- 11 **Wissen gegen Frustration**  
Die gewerkschaftspolitische Bildungsarbeit des DGB-Bildungswerkes Bayern  
von Wolfgang Veiglhuber
- 13 **Wie wirkt politische Bildung?**  
Aktuelle Studie beschreibt Folgen der außerschulischen politischen Bildung  
von Nadine Balzter
- 15 **Das Recht auf Bildung in Bayern Mangelware?**  
Auch ver.di Bayern kämpft für ein längst überfälliges Bildungsfrei-  
stellungsgesetz für Bayern  
von Linda Schneider und Dr. Ursula Stöger
- 17 **Auch Orchideen können sterben**  
Das Ende der Hochschule für Politik  
von Michael Bayer

## Was es sonst noch gibt

- 19 **Aus der Geschichte lernen?**  
Eine Nachbetrachtung zum 100. Jahrestag des Ersten Weltkriegs  
von Wolfgang Häberle
- 21 **Trauer um Hans-Herwarth Stadler**  
Ein Nachruf von Irmgard Schreiber-Buhl
- 22 **Erlesenes**  
Auf dem langen Weg zur Inklusion
- 22 **Leserbriefe**
- 23 **aus der GEW**  
Arno Behrisch (1913-1989): Gewerkschafter, Antifaschist, Friedens-  
kämpfer

## Rubriken

- 23 **Dies & Das**
- 25 **Veranstaltungen**
- 27 **Glückwünsche und Dank**
- 28 **Kontakte**

**Telefonische Sprechzeiten der GEW-Rechtsstelle  
mit Beratung für GEW-Mitglieder:  
Mo und Do von 13.00 - 16.00 Uhr • Tel.: 089 54379959  
Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!**

Ab \_\_\_\_\_ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München. Auch online möglich unter <https://www.gew.de/Aenderungsmeldung.html>  
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

**Brot und Spiele?** »Der Ausdruck bezeichnet auch heute noch die Strategie politischer (oder industrieller) Machthaber, das Volk mit Wahlgewinnen und eindrucksvoll inszenierten Großereignissen von wirtschaftlichen oder politischen Problemen abzulenken«, erklärt Wikipedia. Wenn man die Zuschauer\*innenquoten von TV-Programmen mit den beunruhigend sinkenden Zahlen der Wahlbeteiligung in Beziehung setzt, scheint das durchaus plausibel. Aber ist diese Entwicklung nur der Trägheit einer Bevölkerung geschuldet, die sich grundsätzlich aus Bequemlichkeit lieber mit billiger Unterhaltung statt mit gesellschaftlich relevanten Problemstellungen befasst? Diese Erklärung greift zu kurz! Gesellschaftlich engagierte Menschen wissen aus eigener Erfahrung, dass es bestimmter Anstöße bedarf, um sich für politische Fragen zu interessieren. Was aber, wenn diese fehlen? Wenn z. B. die Schule – so sie das überhaupt noch tut – nur minimale Grundlagen politischer Fragestellungen aufgreift, weil es wichtiger ist, arbeitsmarktrelevante Kompetenzen zu trainieren, muss man sich dann über eine solche Entwicklung wundern? Wenn man im Alltag vorwiegend mit warenförmigen Angeboten zugehört wird und der persönliche Status gerade junger Menschen vor allem an deren Konsum gekoppelt ist – wie sollen sie sich von diesem allseits beförderten gesellschaftlichen Trend emanzipieren? Und nicht zuletzt – darauf weist unser Kollege Fritz Reheis in seinem Buch zu politischer Bildung (s. S. 4) ausdrücklich hin –, wenn Politik angeblich ohnehin keine Spielräume hat, weil ökonomische Sachzwänge keine Handlungsalternativen zulassen: Wozu soll man sich dann damit auseinandersetzen?  
Karin Just

Folgende Themen (Arbeitstitel) für die DDS sind in Planung, Beiträge dazu und weitere Vorschläge erwünscht: Dezember: SuE-Eingruppierungstarif; Januar/Februar 2015: Social Media – Herausforderungen für Gewerkschaften; März: Frauen/Gender; April: Kommunalisierung. Diese Themenschwerpunkte verschieben sich, wenn aktuelle Entwicklungen es erforderlich machen.

## GEW Bayern trauert um Ingelore Pilwousek

Unsere Kollegin Ingelore Pilwousek verstarb am Montag, den 6. Oktober 2014, im Alter von 81 Jahren. Die Beerdigung fand im kleinen Familienkreis statt, mit nur wenigen Vertreterinnen und Vertretern der Organisationen, in denen Ingelore Pilwousek aktiv war. Für die GEW Bayern nahmen die ehemalige Vorsitzende Gele Neubäcker und Renate Oehler, langjährige frauenpolitische Weggefährtin und Freundin von Ingelore Pilwousek, an der Trauerfeier teil.

Mit Ingelore Pilwousek verliert die GEW eine konsequente und überzeugte Gewerkschafterin, Frauenrechtlerin, Antifaschistin und eines ihrer Mitglieder, die für den Aufbau des Landesverbands Bayern stehen.

Die Redaktion bittet um Verständnis für die Kürze, mit der wir diese traurige Nachricht in dieser Ausgabe übermitteln. Sie ist dem langen Vorlauf der DDS-Produktion geschuldet. Ein würdiger Nachruf für Ingelore folgt in der Dezember-Ausgabe.

### Impressum:

DDS • Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern  
Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5 44 08 10 • Fax: 0 89-5 38 94 87  
E-Mail: [info@gew-bayern.de](mailto:info@gew-bayern.de) • [www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de)

**Redaktionsleiterin:** Karin Just, Kidlerstr. 41, 81371 München ☎ 89-51 00 91 02  
oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar ☎ 0 89-5 44 08 10 • Fax: 0 89-5 38 94 87  
E-Mail: [Karin.Just@gew-bayern.de](mailto:Karin.Just@gew-bayern.de)

**Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:** Jan Bundesmann, Verena Escherich, Wolfgang Häberle, Hannes Henjes, Petra Nalenz, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Chrissi Wagner, Dorothea Weniger, Wolfram Witte

**Gestaltung:** Karin Just

**Bildnachweis:** (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: Edler von Rabenstein - fotolia.com

**Druck:** Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München ☎ 0 89-5 02 99 94

**Anzeigenannahme:** nur über die Redaktionsleitung  
**Anzeigenverwaltung:** Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München  
☎ 0 89-5 02 99 94, E-Mail: [team@druckwerk-muenchen.de](mailto:team@druckwerk-muenchen.de)

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 13 vom 1.1.2013 gültig.  
Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne Weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21 EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zuzüglich Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.  
Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.  
Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonats.

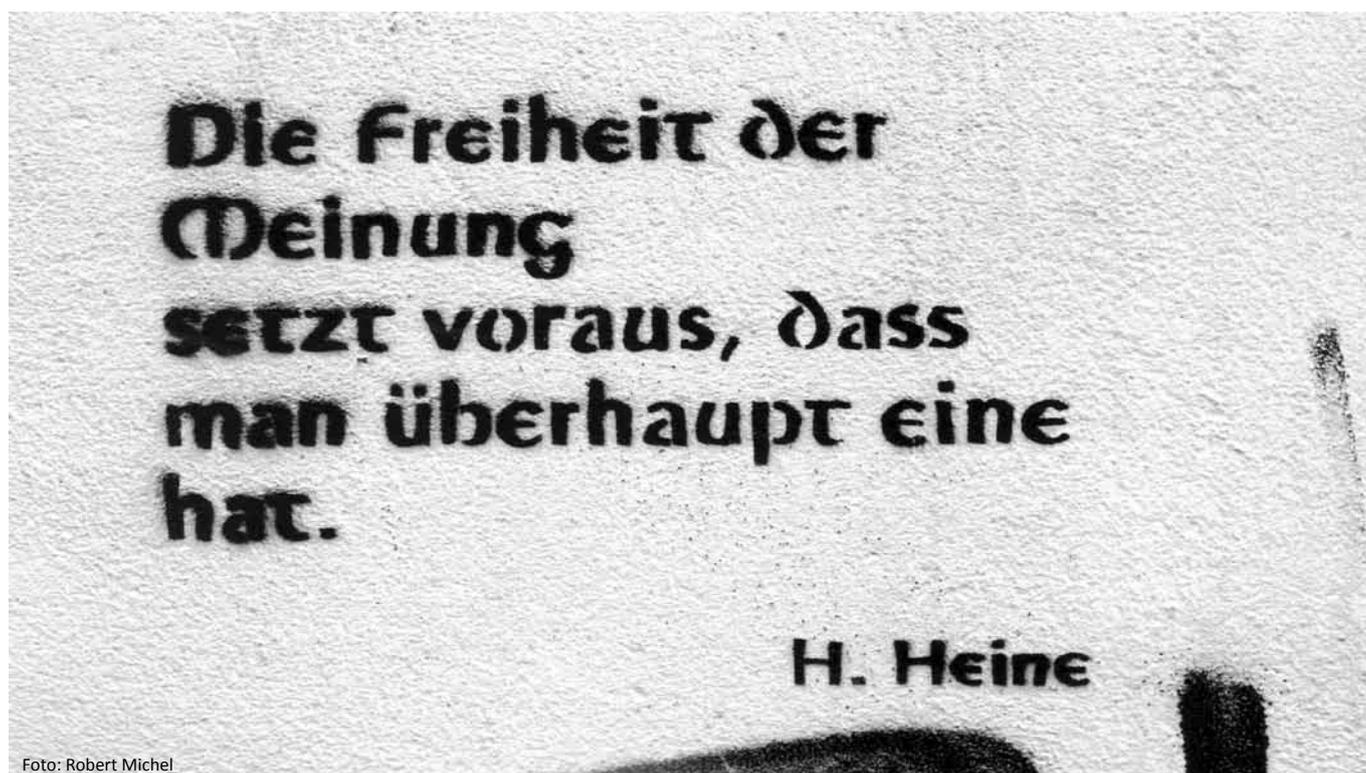


Foto: Robert Michel

## Was ist politische Bildung?

Was meinen wir eigentlich, wenn wir von »Politischer Bildung« sprechen? Es liegt nahe, den Begriff in drei Schritten zu definieren. Was ist Politik? Was ist Bildung? Und was ist politische Bildung?

### Politik

Für die Definition von Politik ist ein weiter Politikbegriff als Ausgangspunkt besonders wichtig, weil er die mit diesem Gegenstand häufig einhergehenden Voreingenommenheiten zu umgehen hilft. Ein weiter Politikbegriff vermeidet vorschnelle Ausblendungen und hat den Vorteil, im Laufe der Darstellung schrittweise immer mehr Akzentuierungen und Differenzierungen zuzulassen. Der weite Politikbegriff schließt unmittelbar an die Geschichte des Wortes »Politik« an. Diese hat ihren Ursprung im antiken Griechenland. Die »Polis« umfasste die Gesamtheit der Bürger eines griechischen Stadtstaates. Die Qualität der Polis wurde im engen Zusammenhang mit der Qualität ihrer Bürger, also mit ihren Fähigkeiten und Tugenden gesehen. Die beste deutsche Übersetzung für »Polis« ist vermutlich das Wort »Gemeinwesen«. Das Gemeinwesen grenzt das allen Gemeinsame vom jeweils Besonderen, das Öffentliche vom Privaten, die Gesellschaft von der Familie ab. Zum Bereich des Ge-

meinwesens gehörten die öffentliche Sicherheit, die technische Infrastruktur, der Austausch von Waren und Ideen und Vieles mehr.

Während in der Familie von vornherein klar war, dass der Vater des Hauses auch der Herr des Hauses und somit der Inhaber der Macht über die Familie war, musste diese Machtfrage im äußeren Gemeinwesen immer erst geklärt werden. Dabei spielte das Recht eine wichtige Rolle. So kann Politik in diesem weiten Sinn auch als Verhältnis zwischen Macht und Recht definiert werden: In ihr wurde einerseits das Recht mit Macht ausgestattet, andererseits sorgten die Mächtigen dafür, dass ihre Macht als Recht anerkannt wurde. Von bleibender Bedeutung für den Politikbegriff ist, dass Politik immer eine Vorrangstellung vor anderen Aspekten des Lebens beansprucht: der sogenannte Primat der Politik. Politik ist nicht eine bestimmte Sphäre in der Gesellschaft, sondern eher ein Prinzip, das gelten kann oder auch nicht. Deshalb ist eigentlich der Ausdruck »das Politische« treffender als »die Politik«.<sup>1</sup> Politik ist also alles, was mit dem Politischen, also dem verbindlichen Allgemeinen bzw.

dem allgemein Verbindlichen innerhalb eines Gemeinwesens zusammenhängt.

Mit dem Politikbegriff hängt der Begriff des Staates eng zusammen. Der Staat ist im Gegensatz zu allen anderen Bereichen des Gemeinwesens die einzig legitime Gewalt, die von Menschen über andere Menschen ausgeübt werden darf. Der Staat verfügt über das Gewaltmonopol. Genauso definieren die Staaten die territorialen Grenzen des Gemeinwesens, die Zugehörigkeit der Bürger\*innen zum Gemeinwesen, die Gesetze und nicht zuletzt, welche Formen von Gewalt legal, also legitim, also staatlich, welche Formen illegal und illegitim, also terroristisch sind.

Das Verhältnis von Politik und Staat kann mit dem Verhältnis zwischen Natur als Prozess und Natur als Gestalt verglichen werden. Der Staat ist die fest gewordene Gestalt, die Politik der lebendige und offene Prozess, aus dem die Gestalt hervorgegangen ist und auf den sie wiederum zurückwirkt. Entsprechend wird zwischen Republik als Staatsform und Demokratie als Herrschaftsform unterschieden. Während uns der Staat als mehr oder minder fremde Macht entgegentritt, sind wir in der Politik mittendrin – ob wir es uns bewusst machen oder nicht. Heute wird in diesem Zusammenhang oft von Zivilgesellschaft gesprochen.

<sup>1</sup> In der Politikwissenschaft werden in der Regel drei Dimensionen des Politischen unterschieden: die Ordnung (polity), der Prozess (politics) und der Inhalt (policy).

## Bildung

Auch bei der Bildung gehen wir zunächst von einem weiten Begriff aus. Er umfasst alle pädagogischen Grundvorgänge, also alle Prozesse, die Menschen in irgendeiner Weise formen und prägen. Dabei soll es noch keine Rolle spielen, von wem diese Formungs- und Prägungsprozesse ausgehen, ob sie ein klares Ziel verfolgen, welche Mittel dabei zum Einsatz kommen und wie tief sie in das Innere des Menschen vorzudringen vermögen.

Der weite Bildungsbegriff ist ein echter Sammelbegriff für eine Vielfalt von Prozessen, die je nach Wissenschaftsdisziplin sehr unterschiedlich benannt werden. Dazu gehören jene Prägungen, die in der Soziologie als Sozialisation bezeichnet werden und alles umfassen, was ein Individuum zu einem kompetenten Mitglied der Gesellschaft macht. Und dazu gehören auch jene Prägungen, die Psycholog\*innen und Pädagog\*innen als Lernen, Erziehung oder Bildung in einem engeren Sinn bezeichnen.

## Politische Bildung

Bezieht man Bildung und Politik aufeinander, kommt man zur politischen Bildung. Dabei handelt es sich um eine Bildung, die grundsätzlich auf die Politik bezogen ist. Ob damit eine engere oder weitere Politik gemeint ist, hängt ausschließlich davon ab, welche politischen Vorstellungen zugrunde gelegt werden. Als sich in der Antike die männlichen Spartaner schon als Kinder für den Krieg ertüchtigen und die jungen Athener sich rhetorisch bildeten, um in der Volksversammlung die Massen mitreißen zu können, handelte es sich aus der Perspektive des oben dargelegten weiten Bildungsbegriffes beide Male um politische Bildung. Das Gleiche gilt für jene Bildungsprozesse, die in mittelalterlichen Klöstern oder an frühneuzeitlichen Fürstenhöfen für die Schulung des kirchlichen und weltlichen Verwaltungspersonals bis hin zu den Spitzenpositionen in Kirche und Staat sorgten.

Wie sehr Bildung in Herrschaftsverhältnissen eingebunden ist, zeigt zum Beispiel ein Erlass des deutschen Kaisers Wilhelm II. aus dem Jahr 1889, der die Schule beauftragte, der Ausbreitung sozialistischer und kommunistischer Ideen entgegenzuwirken: Der Jugend muss die »Überzeugung verschafft« werden, »dass die Lehren der Sozialdemokratie nicht nur den göttlichen Geboten und der christli-

chen Sittenlehre widersprechen, sondern in Wirklichkeit unausführbar und in ihren Konsequenzen dem Einzelnen und dem Ganzen gleich verderblich sind.«<sup>2</sup> Auf der anderen Seite sah auch die Arbeiterbewegung die politische Bildung als eine wichtige Aufgabe an und gründete deshalb im 19. Jahrhundert im großen Stil Arbeiterbildungsvereine. Und heute definiert sich das globalisierungskritische Netzwerk Attac als »aktionsorientierte Volksbildungsbewegung«, die Menschen über die gegenwärtige Form der Globalisierung aufklären und ihnen den Blick für Alternativen öffnen möchte.<sup>3</sup> In all diesen Fällen ging und geht es darum, die Mitglieder des Gemeinwesens so zu formen, dass sie zur Bewältigung der – wie auch immer definierten – Aufgaben in der Lage waren bzw. sind.

Politische Bildung kann niemals losgelöst von den jeweiligen historischen Konstellationen und politischen Auseinandersetzungen existieren. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass nach den beiden großen Katastrophen des 20. Jahrhunderts in Deutschland zwar jedes Mal gefordert wurde, politische Bildung als eine zentrale Aufgabe der allgemeinbildenden Schulen anzuerkennen und dafür ein eigenes Unterrichtsfach einzurichten. Da aber die Auffassung über Auftrag und Konzeption unter den jeweils politisch Verantwortlichen ausgesprochen stark differierten und mit dem zeitlichen Abstand zu den Katastrophen die Dringlichkeit der Prävention im öffentlichen Bewusstsein stark zurückging, kam auch beim zweiten An-

lauf in der Bundesrepublik am Ende nur jener klägliche Kompromiss zustande, der heute von den Praktiker\*innen der politischen Bildung so sehr beklagt wird.

Die genannten Beispiele für politische Bildung belegen zugleich die enorme Bandbreite der Möglichkeiten, wie politische Bildung konkret aussehen kann. Wer stößt sie an und aus welchen Interessen geschieht dies? Was am Menschen soll sich vor allem bilden, der Körper, die Seele, der Geist? Auf welche grundsätzlichen Ziele hin soll der Bildungsprozess ausgerichtet sein? Welche Voraussetzungen bestimmen den Bildungsprozess, von außen und von innen? Was sollen Zu-Bildende bzw. Sich-Bildende am Ende können? Welche Prinzipien und Methoden helfen als Orientierungsmittel bei der Planung politischer Bildungsprojekte? Mit welchen Themen muss sich politische Bildung vor allem befassen, wenn sie den Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft zugleich gerecht werden will? Der hier verwendete weite Begriff von politischer Bildung schließt unterschiedliche Bemühungen um die Prägung von Menschen in Hinblick auf ihr Leben im Gemeinwesen ein: die primär die bürgerliche Gesellschaft zielende »Politische Pädagogik«, die primär auf die Zivilgesellschaft zielende »Demokratiepädagogik« und die primär auf Politik im engeren Sinn und den Staat zielende »Politikdidaktik«. Aber immer geht es um Demokratie entweder als Lebens-, Gesellschafts- oder Staatsform.

2 Zitiert nach Sander, Wolfgang: Politik in der Schule. Kleine Geschichte der politischen Bildung in Deutschland, 2. aktualisierte Auflage, Marburg 2004, S. 39 f.

3 Vgl. Grefe Christiane, Greffrath Mathias, Schumann Harald: attac. Was wollen die Globalisierungskritiker? Berlin 2002, S. 107

von PD Dr. Fritz Reheis

Otto-Friedrich-Universität  
Bamberg

Foto: Weissbach



Der vorstehende Text ist das gekürzte Kapitel eines Buches, das unser Kollege Fritz Reheis, Akademischer Direktor am Lehrstuhl Politische Theorie der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bamberg, geschrieben hat. Der promovierte Soziologe und habilitierte Erziehungswissenschaftler war viele Jahre lang als Gymnasiallehrer für Sozialkunde, Deutsch, Geschichte und Philosophie tätig.

Kontakt:

Uni Bamberg, Lehrstuhl Politische Theorie, Didaktik der Sozialkunde, Feldkirchenstraße 21, 96045 Bamberg

Tel.: 0951 863-2590 u. -2640 (Sekr.)

Mail: fritz.reheis@uni-bamberg.de

Netz: <http://www.uni-bamberg.de/sk-didaktik/>

Fritz Reheis: Politische Bildung. Eine kritische Einführung. Springer VS, Wiesbaden 2014, 158 S., ISBN: 978-3-658-02647-6

Die Langfassung des abgedruckten Kapitels stellen wir auf unsere Homepage zu der dort einsehbaren digitalen Ausgabe dieser DDS: [www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de) Dort finden sich auch die zahlreichen Literaturangaben und -verweise, auf die wir bei unserem Textauszug aus Platzgründen verzichten mussten.



# Das Kleinkind als Subjekt seiner politischen Bildung

Foto: imago/Westend 61

Politische Bildung bei Kleinkindern kann nichts zu tun haben mit einem weiteren Lehrplan oder Bildungsprogramm. Das klappt auch in Schulen nicht. Es geht um Erfahrungen im alltäglichen Leben, die unter die Haut gehen. Ziel ist für mich eine Persönlichkeit, die selbstbewusst und mündig ihre Bedürfnisse und Interessen erkennen und vertreten kann und sich damit entsprechend in die Gemeinschaft einbringt. Ein Kind ist von Geburt an ein soziales Wesen, auf Gemeinschaft und Kommunikation hin angelegt. Darin soll es unterstützt werden. Erzieher\*innen stellen routinemäßig jede Aktivität unter das Leitziel »Erziehung zum mündigen Menschen«. Leider ist das eher Theorie.

## Fremdbestimmung vs. Partizipation

Die gesamte frühkindliche Bildung ist heute mehr denn je eine politische Angelegenheit. Ihre Konzepte entspringen politischer und wirtschaftlicher Rason. Schon dadurch werden Erzieher\*innen, aber auch Kinder sehr früh und unbewusst politisch geprägt. Erster Schritt wäre, diese Tatsache aufzudecken und gegen solche Fremdbestimmung anzukämpfen. Der Erziehungs- und Bildungsplan und die meisten Förderprogramme geben deutlich vor,

welche Kompetenzen Kindern beizubringen sind. Und das, obwohl sie den kompetenten Säugling, die Individualität jedes Kindes, die Partizipation in Kitas betonen. Die Fördermaßnahmen scheren aber alle Kinder über einen Leisten, weil der Förderbedarf an den Defiziten gegenüber einer imaginären allgemeinen Norm bemessen wird und die Kinder bei Inhalten, Formen und Methoden eben keine individuelle Mitsprache haben. Da bleiben Kinderkonferenzen Sandkastenspiele. Ein Wunder, dass viele später keine gesellschaftliche Partizipation zeigen?

## Orientierung an mündigen Vorbildern

Kinder brauchen Flügel, d. h. Autonomie bei der Welterkundung, Selbstbestimmung bei Inhalten und Tempo ihrer Entwicklung. Davon sind wir weit entfernt. Politische Bildung heißt also zunächst, Fachkräfte zu sensibilisieren und zu befähigen, sich gegen vorgesetzte Programme als Ko-Konstrukteur\*innen, als Anwält\*innen der kindlichen Selbstbestimmung, als Helfer\*innen autonomer Selbstbildungsprozesse zu verstehen. Die Autonomie setzt voraus, dass Kinder zuverlässige Bindungen und individuelle Zuwendung erfahren, und sie brauchen Erwachsene als Vorbilder, als Orientierungs-

beispiele. Das Vorgeben definierter Werte, Kompetenzen, Bildungsinhalte ist genau das Gegenteil von Mündigkeit. Die Fähigkeit zum kritischen Hinterfragen zu ermöglichen und vorzuleben, das wäre politische Aufgabe von Erziehung. Für Kinder ist in allen Bereichen, auch bei politischer Bildung, wesentlich, dass ihnen etwas vorgelebt wird. Erzieher\*innen, die z. B. Arbeitsbedingungen aktiv bekämpfen, die sie daran hindern, das umzusetzen, was ich eben beschrieben habe, könnten ein solches Vorbild sein. Denn mündige Kinder setzen mündiges Erziehungspersonal voraus.

## Vorurteilsbewusste Erziehung

Es gibt im praktischen Alltag von Kitas eine Reihe von Lebensaspekten, die für politisches Bewusstsein von Kindern wesentliche Beiträge liefern könnten. Ich nenne nur: Gender-Erziehung, interkulturelles und auch inklusives Zusammenleben. Ich unterstelle hier als Tatsache, dass niemand ohne jedes Vorurteil aufwachsen und leben kann. Und wenn man lernt, Vorurteile durch aktive Erfahrung in Frage zu stellen, können sie Quelle sozialer und politischer Lernprozesse sein. Diesen Grundgedanken nimmt das Konzept der vorurteilsbewussten Erziehung auf.

Selbst-Bewusstsein setzt Bewusstsein von anderem voraus, Identität kann nur im Spiegel anderer Identitäten gebildet werden. Mündigkeit heißt auch die Fähigkeit, verschiedene Möglichkeiten, verschiedene Identitätsmodelle, Denk- und Erlebnisweisen, kulturelle Verhaltensweisen, Sprachformen usw. wahrzunehmen, kritisch zu überprüfen und daraus autonom die eigene Persönlichkeit zu entfalten. Es gehört dazu, sich mit Fremdem auseinanderzusetzen, gerade daraus auch das »Eigene« zu reflektieren, zu erweitern, Vorurteile kritisch zu überprüfen, Absolutheitsansprüche abzubauen und Regeln des Zusammenlebens zu entwickeln. Dafür bietet das interkulturelle Zusammenleben im Umfeld, in der Kitagruppe etc. ein unerschöpfliches Erfahrungs- und Erlebnisfeld. Besondere Verantwortung liegt bei Eltern und Erzieher\*innen. Denn Kinder gehen mit Fremdartigem zunächst immer neugierig und offen um. Und doch wird ihnen z. T. schon durch die speziellen Sprachfördermaßnahmen für Migrationskinder usw. suggeriert, dass es eben bessere und schlechtere, erwünschte und weniger erwünschte Sprachen gibt.

Ähnliches ließe sich für das Zusammenleben in inklusiven Gruppen von Kindern mit und ohne Behinderungen sagen. Auch hier geht es im Alltag um Auseinandersetzung mit Verschiedenheit, um Erweiterung des jeweils eigenen Erfahrungsfeldes und damit der eigenen Persönlichkeit. Fähigkeit zur Offenheit, Toleranz, Abbau von Ängsten im Umgang miteinander – alles gesellschaftspolitisch wesentliche Faktoren – können Kinder hier durch konkretes Erleben erwerben. Daraus wird aber nichts, solange mit politisch besetzten Begriffen wie besondere Förderbedarfe, Inklusionskinder (gemeint sind die mit Handicap) usw. gearbeitet wird. Das unterstützt die politisch bedenkliche Defizitorientierung, Vorurteilsbildung und Ängste bei Eltern und Erzieher\*innen und färbt natürlich auch auf Kinder ab.

### Die eigene Geschlechterrolle entfalten

Ein wesentlicher gesellschaftspolitischer Aspekt ist das Verhältnis der Geschlechter zueinander. Es hat sich da sicher manches getan. Aber es bleibt ein langer Weg. Und nirgends wird dieses Verhältnis so geprägt wie im Elternhaus und in den Kitas. Eine Zeit lang gab es Ansätze zu Gleichmacherei, insgesamt blei-

ben viele traditionalistische Vorstellungen und Vorgehensweisen bestehen. Eine geschlechterbewusste Erziehung in Kitas wäre dringend notwendig. Es gilt, Jungen und Mädchen behilflich zu sein, ihre jeweils eigenen Potenziale zum Vorteil für beide Seiten zu entfalten. Beispielsweise wäre auf die Darstellung von Geschlechterrollen in den Medien zu achten, aber auch auf überlieferte Zuschreibung von Eigenschaften. Und es wären Impulse in alltäglichen Aktivitäten zu setzen, die bei Jungen und Mädchen die jeweils auch anderen Seiten stärken und die verschiedenen Wahrnehmungs-, Kommunikations- und Verhaltensweisen verbinden.

Politisches Bewusstsein bildet sich bei Kindern, wenn sie u. a. schon in der Kita eine Vielfalt solcher alltäglichen Erfahrungen machen können und auch erleben, dass ihre Bezugspersonen ohne Wenn und Aber in ihrem Reden und vor allem Handeln dahinterstehen. Natürlich kann auch überlegt werden, ob und vor allem auf welche Art und Weise aktuelle gesellschaftliche Fragen für Kinder erlebbar gemacht werden können. Auch Kinder brauchen Information und Wissen. Sie können das aber nur aus Erlebnissen gewinnen, die unter die Haut gehen, nicht durch abstraktes Lernen.

### Politische Bildung braucht ein anderes Bildungsverständnis

Unsere Bildungsprogramme versagen im Bereich Partizipation und Mündigkeit. Wie soll ein Kind autonom seine Per-

sönlichkeit entfalten, wenn es schon hier lernt, dass seine individuellen Potenziale oft weniger wert sind, als die in den Förderprogrammen gesellschaftlich vorgegebenen, wenn es hier schon nach Jahrgängen und »Phasen« auf allgemeine Standards hin be- und gefördert wird und seine eigenen Herausforderungen, sein eigenes Tempo usw. nicht selbst bestimmen kann? Was bedeutet es für politisches Bewusstsein, wenn ein Kind schon mit drei bis vier Jahren erfährt, dass seine Sprache z. B. gesellschaftlich als wertvoll oder eben eher als Defizit gewertet wird? Keine methodisch einwandfreie Kinderkonferenz kann gegen die strukturelle Fremdbestimmung ankommen. Erzieher\*innen können noch so oft Mündigkeit als Leitziel einsetzen, wenn der geheime Lehrplan längst ökonomische Verwertbarkeit als Leitziel vorgegeben hat. Wenn schon vor der Schule definiert ist, was »notwendige Leistungsfähigkeit« ist, haben Selbstwirksamkeit und Autonomie keine Chance und das Ziel politischer Bildung wird verfehlt. Der Kampf für eine andere Bildungspolitik, ein anderes Bildungsverständnis ist zentrales Element für politische Bildung in Kitas. Eine Auszubildende, die Mündigkeit von Erzieher\*innen ermöglicht, auch gegenüber der verordneten Förderitis, wäre wesentlich.

von Fritz Köbler

Lehrer im Ruhestand  
Höchststadt/Aisch



Spendenkonto: Heinrich-Rodenstein-Fonds  
SEB Bank Frankfurt/Main  
IBAN: DE97 5001 0111 1707 2747 00 • BIC: ESSEDE5F  
Stichwort: Gaza-Hilfe

### Hilfe für Gaza

#### GEW ruft zu Spenden für die Opfer auf

Mit Entsetzen und Fassungslosigkeit haben wir die Bilder vom jüngsten Gaza-Krieg wahrgenommen. Wie immer waren es vor allem Kinder, die unter der Gewalt des Krieges zu leiden hatten. Nach Angaben der Vereinten Nationen war jedes vierte Todesopfer im Krieg zwischen Israel und der Hamas ein Kind. Auch Lehrerinnen und Lehrer wurden getötet. Die palästinensische Lehrer\*innengewerkschaft GUPT beklagt in Gaza den Tod von mehr als dreißig Kolleginnen und Kollegen. Weit größer noch ist die Zahl der palästinensischen Lehrkräfte, die Familienmitglieder verloren haben oder deren Häuser zerstört wurden. Die GEW ruft zu Spenden auf, um den betroffenen Lehrkräften und ihren Familien in dieser Notsituation zu helfen: [gew.de/Hilfe\\_fuer\\_Gaza.html](http://gew.de/Hilfe_fuer_Gaza.html)

# Politische Bildung durch soziales Engagement



*Viktoria Lachenmaier (16 Jahre) war 2013 im Vorstand der LandesschülerInnenvereinigung Bayern e. V. (LSV). Wie sie zu ihrem politischen Engagement kam und was ihr auch heute an politischer Arbeit wichtig ist, erzählt sie hier.*

Bereits mit zwölf Jahren arbeitete ich bei der Schüler\*innenmitverantwortung (SMV) mit. Oft beginnt das politische Engagement einer Person mit sozialem Engagement – und so war es auch bei mir. In der 7. Klasse habe ich angefangen, bei der Schulkleidung mitzuwirken und die Eltern im Rahmen der SMV an Elternsprechtagen zu bewirten. In der 8. Klasse bin ich der Mediator\*innengruppe unserer Schule beigetreten.

Mein Engagement in der SMV hat nicht aufgehört, auch nicht, als ich 2011 im Rahmen des Münchner Schüler\*innenkongresses »besser« angefangen habe, mich mit politischen Inhalten auseinanderzusetzen.

Ich habe vorher nie so viele engagierte, motivierte und politisch interessierte Jugendliche auf einem Haufen gesehen. Dieser Kongress mit 250 Teilnehmer\*innen wird jedes Jahr alleine und ehrenamtlich von Schüler\*innen organisiert. Das hat mich sehr beeindruckt!

## Politische Persönlichkeiten im Umfeld begeistern

Wirklich entscheidend für den Start in mein politisches Engagement war eine Begegnung mit einem Schüler, der damals Vorstand der LandesschülerInnenvereinigung Bayern e. V. (LSV) gewesen ist. Das ist ein Verein, in dem Jugendliche das Sagen haben und sich komplett in Eigenorganisation mit gesellschafts- und bildungspolitischen Inhalten auseinandersetzen.

Er hat über Projekte und Veranstaltungen, über die Schüler\*innenvertre-

tungsstruktur in Bayern und über sich selbst sowie seine Motivation, Schule zu verändern, erzählt.

Das hörte sich so faszinierend und motivierend an, dass ich zusammen mit einer Freundin zwei Monate später auf mein erstes Seminar gefahren bin.

Tagungsort war eine gemütliche Burg in Mittelfranken. Unter dem Thema »Get organized!« haben wir uns vor allem mit der Organisation unserer SMV, unserem Verein sowie mit bildungspolitischen Or-



ganisationen und deren Inhalten befasst. Außerdem gab es einen Moderationsworkshop, bei dem ich mir erste praktische Kompetenzen der Gesprächsführung angeeignet habe. Das Seminar hat mir richtig gut gefallen!

Deshalb bin ich weiter auf Seminaren und Mitgliederversammlungen gegangen, setzte mich aktiv mit politischen Inhalten auseinander und wirkte bei Projekten der LSV mit.

Bereits ein Jahr später war ich selbst Teil der Teams von »besser::12« und »basis<12«, wobei letzterer ein bayernweiter Schüler\*innenkongress ist, der von der LSV organisiert wird und in dieser Form mit 700 Teilnehmer\*innen Europas größter ist.

»basis«, das seit 1998 existiert, ist übrigens die Einführung einer landesweiten offiziellen Schüler\*innenvertretung zuzuschreiben.

Im April 2013 habe ich ein Seminar der Aktion kritischer Schüler\*innen in Wagrain im Salzburger Land besucht. Die Organisationsform war dort ähnlich wie

bei »besser«, der Schwerpunkt lag aber auf gesellschaftspolitischen Themen. So konnte ich auf diesem Seminar mein Wissen über verschiedene Diskriminierungsformen wie Rassismus, Sexismus, Klassismus oder Homophobie entscheidend erweitern.

Zu dieser Zeit habe ich schon bei vielen schul- und genderpolitischen Themen mitgeredet. Das Schöne an der politischen Arbeit ist für mich, dass ich mir selbst aussuche, mit welchen Themen ich mich zu welcher Zeit und in welcher Form auseinandersetze – anders als in der Schule.

Im Juli 2013 wurde ich in den dreiköpfigen Vorstand der LSV gewählt. Außerdem war ich weiterhin in der SMV – sei es als Tutorin, Mediatorin, Freizeitbegleiterin oder Mitglied diverser Arbeitskreise wie Schulkleidung und Cafeteria – und habe auch bei »besser::13« im Team mitgewirkt.

## Schüler\*innenmitverantwortung und Bildungspolitik gehören verbunden

Seit ich im Januar 2014 aus dem Vorstand ausgeschieden bin, habe ich kein Amt mehr – abgesehen von der SMV, in der ich ein Jahr als Klassensprecherin und weiterhin als AK-Leiterin aktiv gewesen bin.

Ich habe nie aufgehört, mich mit politischen Themen auseinanderzusetzen. Fast täglich informiere ich mich über das aktuelle bildungspolitische Geschehen in Bayern sowie bundesweit und führe rege Diskussionen in meinem Bekanntenkreis. Ich habe jederzeit die Möglichkeit, eine Pause einzulegen und mich nicht damit auseinanderzusetzen. Das finde ich wichtig, weil es mir sonst irgendwann keinen Spaß mehr machen würde.

Heute widme ich mich zum einen der Bildungspolitik, zum anderen meinem Engagement in der SMV – zwei Dinge, die es zu verbinden gilt.



# In der Freizeit demokratisch Demokratie lernen

## Außerschulische politische Bildung

- Besucher\*innen eines Jugendzentrums (JUZ) erleben den Agitator der Partei »Die Freiheit« bei einem Infostand in ihrem Stadtteil. Sie sind empört. Unterstützt von den Pädagog\*innen des JUZ organisieren sie eine öffentliche Aktion, die für Toleranz und respektvolles Miteinander im Stadtteil wirbt.
- Jugendliche besuchen als Reporter\*innen das Rathaus-Clubbing »18.jetzt«, die Veranstaltung der Stadt für volljährig gewordene Münchner Bürger\*innen, und berichten darüber.
- Schüler\*innen einer Abschlussklasse beantragen beim »Münchner Kinder- und Jugendforum« Hilfe, um an einem Adventssamstag im Rathaus Kinderbetreuung anbieten zu können. Mit dem verdienten Geld wollen sie es allen Mitschüler\*innen ermöglichen, am Klassenausflug teilzunehmen.
- Im JUZ gestaltet einer ein Plakat, mit dem er sich für einen Sitz im Jugendrat bewirbt.
- Junge Fußballer\*innen besuchen die Ausstellung »Tatort Stadion« zu Rechtsextremismus im Fußball.
- Schüler\*innen beklagen sich über ihren langweiligen Pausenhof. Ihre Lehrerin schlägt vor, das Problem im Kin-

der- und Jugendforum vorzutragen. In Zusammenarbeit mit einer außerschulischen Einrichtung wird der Pausenhof in einem langen und mühsamen Prozess nach den Vorstellungen der Schüler\*innen umgestaltet.

Nur einige Beispiele für außerschulische Bildungsarbeit für Demokratie. Die Jugendlichen setzen sich mit ihrer Umwelt auseinander, sie bilden sich eine Meinung, sie argumentieren für ihre Interessen und suchen sich Verbündete. Sie erfahren, dass man einen Infostand anmelden muss, welche Ämter in der Stadt für Pausenhofgestaltung zuständig sind, dass Stadtteilpolitiker\*innen bei Anliegen vor Ort weiterhelfen können, und sie lernen, Naziparolen als solche zu erkennen. Das alles geschieht in einem Umfeld, in dem sie sich akzeptiert fühlen, in dem ihre Meinungen und Anliegen Gehör finden und das ihnen Möglichkeiten des Handelns bietet. Diese Gleichzeitigkeit von Persönlichkeitsbildung und Wissenserwerb in einem Setting, in dem wertschätzender Umgang miteinander und gleichberechtigte Mitbestimmung eingefordert und gelebt werden, ist ein notwendiges Merkmal außerschulischer politischer Bildung. Die Jugendlichen müssen sich nicht beteiligen, sie sind freiwillig da. Nur bei Kooperationen zwischen Schule und Anbietern

außerschulischer Bildung ist dieses Prinzip der Freiwilligkeit ausgehebelt.

Ein weiteres wichtiges Charakteristikum: Wissen über demokratische Institutionen, Kompetenzen für demokratische Verfahren und Partizipation sind zwei Seiten einer Medaille. Wo demokratische Beteiligung nicht möglich ist, kann sie nicht gelernt werden. Und: Beteiligung braucht handfestes Wissen darüber, wer für welche Aufgaben zuständig ist und über welche Wege die erwünschten Entscheidungen zustande kommen könnten.

### Pädagog\*innen sind Lernbegleiter\*innen

Demokratische Bildung in außerschulischen Handlungsfeldern geschieht nicht einfach, sie wird angeregt, angeboten und geplant. Eine Ausstellung mit politischen und jugendkulturellen Inhalten kommt nicht von allein nach München – sie braucht pädagogische Begleitung. Dass Jugendliche als Reporter\*innen in der Stadt unterwegs sein können, erfordert allerhand Hintergrundorganisation, ebenso die Aufrechterhaltung eines zentralen Kinder- und Jugendforums. Ein Jugendrat in einer Einrichtung etabliert sich nicht von heute auf morgen. Doch welche Themen und

Orte die jugendlichen Reporter\*innen interessant finden, welche Anliegen Kinder und Jugendliche bei den Parlamenten in der Stadt oder in der Einrichtung einbringen, das entzieht sich weitgehend der Planung. Partizipative Prozesse mit Kindern und Jugendlichen stellen die Pädagog\*innen immer vor besondere Herausforderungen, weil Verlauf und Ergebnis offen sind. Welche Ideen für den Pausenhof werden entwickelt? Wie viel Zeit und welche Partner\*innen sind dafür notwendig? Konflikte unter den Jugendlichen, zwischen Jugendlichen und Pädagog\*innen sowie zwischen Jugendlichen und dem Leitbild einer Einrichtung (z. B. nur gesunde Nahrungsmittel in der Gastro) sind der Normalfall. Sie verlangen Zeit und Energie, um sie konstruktiv zu bearbeiten.

Pädagog\*innen in der demokratischen Bildung regen Lernprozesse an und sind Lernbegleiter\*innen – eine anspruchsvolle Aufgabe. Als Mitarbeitende in Einrichtungen bauen sie Vertrauen zu den Besucher\*innen auf, können z. B. bei Empörung über rechtspopulistische Agitation ein Projekt politischer Meinungsäußerung anstoßen, ohne die Anliegen der Jugendlichen den eigenen Vorstellungen unterzuordnen. Sie unterstützen die Planung und Durchführung in dem Maße, dass die Aktion für die Jugendlichen ein Erfolg wird. So gilt es bei einer Ausstellung eine Atmosphäre zu schaffen, in der alle Beteiligten sich frei äußern können, also ein Meinungsaustausch auf Augenhöhe stattfindet. Pädagogische Betreuer\*innen bieten Frei- und Handlungsräume für die kulturelle und politische Entfaltung der Jugendlichen. Als Begleiter\*innen in einem Partizipationsprojekt, z. B. einer Schulhofumgestaltung, helfen sie, Kontakte zu Fachleuten zu knüpfen, ermutigen bei enttäuschenden Erfahrungen und sorgen dafür, dass der Prozess nicht einschläft. Es ist also ein breites Spektrum an pädagogischen, organisatorischen und auch politischen Fähigkeiten gefragt.

### Prinzipien demokratischer Bildung

Die Schlagworte Angebotscharakter, Alltagsnähe, Ressourcen- und Kompetenzorientierung sowie Partizipation mögen die Prinzipien demokratischer Bildung treffend beschreiben. Die abstrakte Begrifflichkeit verschleiert aber ein Stück weit, dass in der konkreten pädagogischen Arbeit immer noch oder immer wieder danach gesucht und versucht werden muss, wie diese Prinzipien tatsächlich umgesetzt werden können.

Beispiel Partizipation: Wie kann es sein, dass es einerseits vielfach zum jugendlichen Selbst-Verständnis gehört, in der Gesellschaft keine gestaltende Rolle spielen zu können und zu »dürfen«, wohingegen andererseits engagierte Pädagog\*innen und Politiker\*innen frustriert konstatieren, dass Angebote der Partizipation so wenig von Jugendlichen angenommen werden? Die viel beschworene Politikverdrossenheit oder Politikferne erklärt diese Diskrepanz nicht wirklich. Denn mittlerweile ist hinreichend belegt, dass Jugendliche nur politikfern sind, wenn ein sehr enger Politikbegriff zugrunde gelegt wird, der Politik auf die Institutionen und Verfahren der parlamentarischen Demokratie und Parteien begrenzt. Wird Politik jedoch in einem weiteren Sinn verstanden, der Themen wie Gerechtigkeit und Respekt ebenso umfasst wie das Interesse, eigene Lebensräume zu gestalten und Probleme sowie Sehnsüchte zu artikulieren, dann sind Jugendliche sehr politisch.

Partizipationsprojekte setzen genau hier an. Wie also kommen die Wünsche der Jugendlichen nach mehr Teilhabe und die Bereitschaft der Erwachsenen für Jugendbeteiligung zusammen? Um gemeinsam mit Jugendlichen Antworten auf diese Frage zu finden, schlossen sich gerade Jugendeinrichtungen in Neuperlach zusammen. Die für das Projekt konstitutive Offenheit und fragende Grundhaltung verlangt nicht nur vonseiten der Pädagog\*innen, sondern auch von den Trägern und Zuschussgebern Wohlwollen und Geduld. Zeit- und Erfolgsdruck sind keine guten Gelingensfaktoren.

### Warum stabile Förderstrukturen notwendig sind

Ein weiterer kritischer Bereich sind die Förderstrukturen für demokratische Bildung. Wie beschrieben kann »Meckerei« von Jugendlichen Anlass und Ausgangspunkt für lernendes Handeln in demokratischen Strukturen sein. Ein Projekt politischer Bildung entsteht aber erst dann daraus, wenn die intensive und vielfältige Arbeit mit den Jugendlichen entsprechend bezahlt wird. Der Alltagsbetrieb von Einrichtungen stößt hier oft an seine Grenzen. Vor der Kooperation mit »spezialisierten« Vereinen stehen

üblicherweise eine langwierige Antragstellung und das Warten auf Bewilligung. Bis das Projekt endlich starten kann, stehen für die Jugendlichen längst andere Anliegen im Vordergrund. In München haben sich deshalb die zuständigen Stellen auf den Weg gemacht, einfachere und passendere Verfahren für die Förderung von Jugendpartizipation zu etablieren.

Die für die Förderstrukturen Verantwortlichen müssen auch vom Modell mit nur einem\*r Dozent\*in als Norm für politische Bildung Abschied nehmen. Das gilt vor allem für Kooperationen zwischen Schulen und Anbietern politischer Bildung aus dem außerschulischen Bereich. Eine\*r allein kann kaum flexibel auf alle Jugendlichen individuell eingehen. Neben einer entsprechenden »pädagogischen Haltung« ist dazu ein Team von mindestens zwei Personen notwendig. So können dann auch den Jugendlichen unterschiedliche Perspektiven (z. B. Frau/Mann) und Kompetenzen aufgezeigt werden. Wenn demokratische Bildung an dem ansetzen möchte, was Jugendliche können und können wollen, ist es außerdem hilfreich, wenn Fachleute für Medien und andere jugendkulturelle Aktivitäten zum Team gehören.

Richtig gut ist es, wenn die anfangs genannten Beispiele Normalität in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit sind. Was brauchen Pädagog\*innen und was brauchen Jugendliche, damit demokratisches Lernen und Handeln noch mehr in den Alltag pädagogischer Arbeit einfließt? Auch diese Frage bearbeitet derzeit ein Team aus mehreren Einrichtungen und Organisationen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Die Ergebnisse dieses sehr breit angelegten Diskussionsprozesses und einer Befragung von »projekterfahrenen« Jugendlichen sollen auf einem Fachtag im ersten Halbjahr 2015 vorgestellt werden.



**von Renate Grasse**  
Leiterin der  
Arbeitsgemeinschaft  
Friedenspädagogik e. V. (AGFP)

und  
**Stephan Geuenich**  
freier Mitarbeiter  
der AGFP



## Gewerkschaften als Träger und Anbieter politischer Bildungsarbeit:

# Gewerkschaftsjugend in Aktion

Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit spielt eine zentrale Rolle für die Gewinnung von jungen Aktiven und die Auseinandersetzung mit unseren Lebens- und Arbeitsbedingungen. Sie ist oft der erste gewerkschaftliche Berührungspunkt für viele Auszubildende, junge Beschäftigte und Erwerbslose, Schüler\*innen oder Student\*innen. Gerade in der Jugendarbeit schafft Bildungsarbeit den Rahmen, das Wissen um die Rolle und Herausforderungen von Gewerkschaften in Vergangenheit und Zukunft immer wieder zu erneuern. Somit sind z. B. notwendige gemeinsame Grundlagen in den Jugendvorständen vorhanden. Nicht zu unterschätzen ist hier auch der Lerneffekt für junge Menschen, wenn sie eigenständig Bildungsveranstaltungen nach ihren Bedürfnissen konzipieren, organisieren und durchführen können.

### Regionale Schwerpunkte am Beispiel der DGB-Jugend Ostbayern

Es gibt neben landesweiten Seminaren der DGB-Jugend und ihrer Mitgliedsorganisationen auch regional unterschiedliche Bildungsangebote. In Ostbayern ist etwa die internationale Gewerkschaftsarbeit ein fester Bestandteil, sowohl durch den engen Kontakt mit den tschechischen Partnergewerk-

schaften als auch durch den Austausch mit Gewerkschafter\*innen aus anderen Ländern. Einen weiteren Schwerpunkt stellt die Auseinandersetzung mit Faschismus und Rassismus dar. Hierzu gehören Vorträge zu Entstehung, Geschichte und Ideologie ebenso wie die Vorbereitung der Gedenkfeier im KZ Flossenbürg oder Bildungsreisen zum NSU-Prozess nach München. Auch die selbst organisierten Flüchtlingsproteste sind immer wieder Thema, wie etwa in dem Seminar »Refugee struggle und Gewerkschaften«, das vom 21. bis 22. November 2014 in Regensburg stattfindet. Nicht wegzudenken ist auch der Vortrag »Studium und Jobben« an der Universität (im kommenden Wintersemester am 4. November). Dieser kleine Ausschnitt zeigt die Breite und Dynamik der Bildungsarbeit, die von der Eigeninitiative der Aktiven vor Ort lebt.

### Service für Lehrer\*innen

Für Lehrer\*innen hat die DGB-Jugend verschiedene Bildungs- und Aktionsmaterialien für den Unterricht erarbeitet. Vielfältige Broschüren zu den Themen Demokratie, Parteien, Wahlen oder Politik können direkt im Unterricht eingesetzt werden. Die Broschüren sind unter [http://jugend.dgb.de/dgb\\_jugend/material/broschueren](http://jugend.dgb.de/dgb_jugend/material/broschueren) einsehbar und ste-

hen dort als Download zur Verfügung oder können in gedruckter Version bestellt werden.

### Montag – das Magazin der DGB-Jugend

Einen guten Einblick in die Berufswelt bietet das DGB-Jugend-Magazin »Montag«. Hier werden einige Berufe ausführlich vorgestellt. Die Macher\*innen geben Einblick in den Arbeitsalltag von Auszubildenden und liefern 150 Ausbildungsberufe im Überblick. Außerdem gibt das Magazin praktische Tipps für Bewerbungen, Einstellungstests, Vorstellungsgespräche und Ausbildungsverträge.

### Durchblick beim Jugendarbeitsschutzgesetz

Der Ratgeber »Durchblick beim Jugendarbeitsschutzgesetz« ist für alle Schüler\*innen wichtig, die neben der Schule arbeiten. Die Gewerkschaftsjugend kämpft für einen wirksamen Jugendarbeitsschutz. Dazu gehört auch, dass die Betroffenen ihre Rechte kennen und auf deren Einhaltung pochen. Diese Broschüre soll Auszubildenden, jugendlichen Beschäftigten, Eltern und Lehrer\*innen dabei helfen, mehr Durchblick beim Jugendarbeitsschutzgesetz zu bekommen. Dazu werden im vorderen



Teil zentrale Regelungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes eingehender erläutert. Nach einer kurzen Geschichte des Gesetzes folgt dann am Ende der Broschüre der gesamte Gesetzestext in seiner aktuellen Fassung.

## Berufsschultour

Die Gewerkschaftsjugend geht mit einem ihrer zentralsten Projekte – der Berufsschultour – auch direkt in die Berufsschulen, um über Mitbestimmung, Demokratie und Solidarität zu informieren und zu diskutieren. Dies erfolgt an einem ganzen Tag oder in einer Einheit während eines Schultages. Ziel ist es, Auszubildende in den Berufsschulen über ihre Rechte zu informieren, für die Rolle von Gewerkschaften im politischen und wirtschaftlichen System zu sensibilisieren und junge Menschen für ehrenamtliches Engagement zu gewinnen. Neben der Vermittlung von demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten im Betrieb wird ein Überblick über die Akteure und Instrumente der Mitbestimmung und Interessenvertretung gegeben. Schwerpunkte bilden die Themen »Interessenvertretung und Mitbestimmung«, »Gewerkschaft-

ten und Tarifverträge« sowie »Rechte und Pflichten in der Ausbildung«. Die Berufsschulauftritte finden möglichst immer in Begleitung eines Teams, das speziell für die Ansprache der Schüler\*innen in der Berufsschule ausgebildet ist, auf dem Schulhof statt. In den Pausen nutzen viele Schüler\*innen gerne das direkte Gespräch. Während des Unterrichtes kommen Lehrer\*innen mit den Klassen zum Infostand. Unter doktor-azubi.de können sich Schüler\*innen und Azubis zudem kostenlos und online beraten lassen, wenn sie ein Problem in oder mit der Ausbildung haben. Die Visitenkarten von »Doktor Azubi« können kostenlos im Internet bestellt werden.

## Projekttag »Demokratie und Mitbestimmung«

In vielen Bundesländern besucht die DGB-Jugend Berufsschulen und Oberschulzentren, um mit Auszubildenden einen ganzen Schultag zu gestalten. Der Projekttag »Demokratie und Mitbestimmung« wendet sich dabei an Auszubildende, um sich mit Themen ihrer Ausbildungswelt und der Gesellschaft, in der wir leben, auseinanderzusetzen. De-

mokratie, Mitbestimmung, Partizipation und Solidarität sind die Leitgedanken dieses Tagesseminars.

Doch junge Menschen können den Projekttag nicht nur selbst erleben, sondern ihn auch selbst durchführen. Die DGB-Jugend lädt vor allem junge Menschen – ob im Studium, in der Ausbildung oder in anderen Zusammenhängen – ein, sich zur Teamerin oder zum Teamer ausbilden zu lassen. Diese Team-schulung qualifiziert gewerkschaftspolitisch interessierte und aktive junge Menschen anhand unterschiedlicher pädagogischer und didaktischer Methoden zu reflektierter Jugendbildungsarbeit, um den Projekttag selbst in Berufsschulen und Oberschulzentren durchführen zu können.



von  
**Katja Ertl**  
DGB-Jugendsekretärin  
für Ostbayern

und



**Kathrin Birner**  
ver.di-Jugendsekretärin  
für die Oberpfalz

# Wissen gegen Frustration

## Die gewerkschaftspolitische Bildungsarbeit des DGB-Bildungswerkes Bayern

Das DGB-Bildungswerk Bayern e. V. wurde 1974 gegründet und ist Erwachsenenbildungsträger des DGB Bayern und seiner Mitgliedsgewerkschaften.

Das DGB-Bildungswerk (BW Bayern) macht Bildungsangebote auf folgenden Ebenen:

- Betriebliche Interessenvertretungen: Betriebs- und Personalrät\*innen, Schwerbehindertenvertreter\*innen und Jugend- und Auszubildendenvertreter\*innen
- Bildungsprogramm München
- Bildungsprogramm Bayern
- Bildungsangebot im Rahmen des Projekts »Mento«; dies bedeutet die Ausbildung von betrieblichen Mentor\*innen zur Bekämpfung des Analphabetismus

Das BW versteht die Bildungsarbeit für betriebliche Interessenvertretungen trotz deren gesetzlicher Bindung an das Wohl des Betriebs als politische Bildungs-

arbeit. Die Bildung von betrieblichen Interessenvertretungen etwa nach dem Betriebsverfassungsgesetz muss Interessen behandeln und somit auch die Entstehungsgründe von – unterschiedlichen bis gegensätzlichen – Interessen. Eine vielfach vor allem von privaten Anbietern postulierte neutrale Bildungsarbeit auf dieser Ebene kann es nicht geben. Wie sollte die wohl auch aussehen an der Schnittstelle von Lohnarbeit und Kapital, genauer: an dem Ort, an dem die angekaufte Arbeitskraft be- und vernutzt wird?

Das BW München bietet ein vielfältiges Programm für die Münchner Bevölkerung an: von politischen Veranstaltungen über kulturelle Angebote bis hin zu Stadtteilfehrungen und Betriebsbesichtigungen. Grundlage ist ein weiterer Begriff von Bildungsarbeit, der über die unmittelbare gewerkschaftliche Dimension hinausgeht und versucht, die

Arbeitnehmer\*innenorientierung in München breiter darzustellen.

## Blick über den Betrieb hinaus

Seit mehreren Jahren findet auf bayrischer BW-Ebene eine systematische politische Bildungsarbeit zu den Schwerpunkten Ökonomie, Kritik der politischen Ökonomie, Ideologiekritik, Geschichte und Antifaschismus statt. Die dieser Arbeit zugrunde liegende Kernthese lautet: In den letzten Jahrzehnten hat die gewerkschaftspolitische Bildungsarbeit immer mehr an Bedeutung verloren, die Bildungsarbeit hat sich zunehmend auf die betrieblichen Interessenvertretungen verlagert. Dem liegt die »Verbetrieblichung« der Gewerkschaftsarbeit zugrunde, welche die Ausrichtung auf die gemeinsamen Interessen der ganzen »Klasse« zurückgedrängt hat. Dies wiederum hat dazu geführt, dass es einer-

seits kaum mehr einen kapitalismus- und staatskritischen Diskurs in den Gewerkschaften gibt und es andererseits auch deshalb zu einem hegemonialen Siegeszug des »Neoliberalismus« gekommen ist. Dieser Siegeszug ist nämlich nicht nur auf die Wirkungen von Massenarbeitslosigkeit als quasi objektive ökonomische Voraussetzung und die Aktivitäten neoliberaler Intellektueller sowie der Medien zurückzuführen. Er basiert auch auf der Akzeptanz kapitalistischer Imperative wie etwa der Weltmarktkonkurrenz und des Standortnationalismus, aus denen es ohne übergreifende gewerkschaftspolitische Perspektive kein Entrinnen gibt.

### Politische Bildung bedarf der »Kritik der politischen Ökonomie«

Die politische Bildungsarbeit des BW Bayern versucht demgegenüber, die im Laufe der Jahrzehnte ins Abseits gelangte Marx'sche Kritik der politischen Ökonomie im Spektrum des einheitsgewerkschaftlichen Pluralismus neu zu verankern. Denn diese besitzt eine hohe Plausibilität zur Erklärung ökonomischer, aber auch politischer Phänomene. Insofern spielen Seminare zu Fragen von Staat und Politik – Staatstheorie also – eine besondere Rolle. Ökonomie und Staat sind nämlich nicht als unabhängig voneinander existierende Phänomene zu begreifen, sondern bilden eine zusammengehörige Totalität.

Des Weiteren bieten wir in einem ganz orthodoxen Sinne Geschichtsseminare an, nicht als rückwärtsgewandte Folklore, sondern im Sinne des Verstehens kapitalistischer Kontinuität und der Bedeutung gewerkschaftlichen Widerstands. Dabei geht es neben Einführungen in die Geschichte der Arbeiter\*innen- und Gewerkschaftsbe-

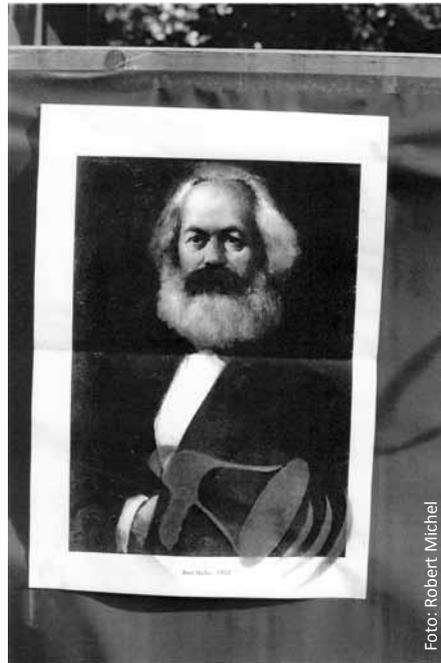


Foto: Robert Michel

wegung auch um ausgewählte Fragestellungen hinsichtlich des Agierens unserer Vorgängergenerationen. So thematisieren wir das Verhalten zu Beginn des Ersten Weltkriegs, das Verhältnis zum aufkommenden bürgerlichen Nationalstaat oder den Widerstand gegen den Faschismus.

Traditionell spielt der Antifaschismus in historischer und aktueller Perspektive eine wichtige Rolle in unserer Bildungsarbeit. Dies beinhaltet neben der kritischen Bezugnahme auf aktuelle rechte Entwicklungen und den nach wie vor existierenden Antisemitismus auch und vor allem die Auseinandersetzung mit Patriotismus und Nationalismus. Denn ohne deren Wirkungen müssen rechte und rassistische Entwicklungen nach unserer Auffassung oberflächlich und damit unbegreifbar bleiben.

Ein letzter für uns wichtiger Themenkreis ist Ideologiekritik, die Auseinandersetzung also mit bürgerlichem Denken

in seinen verschiedenen Facetten: von Friedrich August von Hayek bis Sarrazin, vom Elitedünkel bis zu völkischen Eugenikvorstellungen, von Ausgrenzungsdenken bis zu offener rassistischer Diskriminierung.

### Ohne Orientierung keine Veränderung

All das ist kein Luxuswissen. Betriebliche Interessenvertretungen, Vertrauensleute und Funktionär\*innen in den Gremien von Gewerkschaften und DGB brauchen historische und theoretische Grundlagen, um ihre haupt- und ehrenamtlichen Aktivitäten innerhalb bestehender Herrschaftsstrukturen und perspektivisch einordnen zu können. Gerade das unverzichtbare, oft mühsame »Tagsgeschäft« vieler Kolleginnen und Kollegen muss in eine umfassende Orientierung auf gesellschaftliche Veränderung integriert werden. So ist auf die Dauer die Frustration des ewigen Sisyphus zu vermeiden.

Wir wissen: Das ist kein Mehrheitsprogramm. Aber es hat seinen Platz in der Einheitsgewerkschaft. Und: Unsere Seminare sind gut besucht. Wir können uns seit Jahren auf das Interesse und die Unterstützung von Kolleginnen und Kollegen aus DGB und Mitgliedsgewerkschaften stützen. Die kapitalistische Produktionsweise und die Verausgabung menschlicher Arbeit in Form der Lohnarbeit markieren nämlich weder den Anfang noch das Ende der menschlichen Geschichte – auch diese Erkenntnis muss zum Diskurs in den Gewerkschaften gehören.



von Wolfgang Veighlhuber

DGB-Bildungswerk Bayern  
www.bildungswerk-bayern.de



## Gewerkschaftliche Bildungsarbeit der GEW Bayern

Auch die GEW Bayern bietet im Rahmen ihrer Bildungsarbeit ein breites Spektrum interessanter Seminare an (siehe auch in dieser DDS im Veranstaltungskalender auf Seite 26). Es reicht von berufsbezogenen Angeboten – z. B. »Was brauchen Kita-Mitarbeiter\*innen?« – über kulturelle Themen– »Mit eigenen Augen – Bilder betrachten« – bis hin zu aktuellen politischen Fragestellungen – »Antiziganismus«. Die Seminare stehen nicht nur GEW-Mitgliedern offen.

In einem unserer nächsten Hefte werden wir einen ausführlicheren Artikel zu dem Projekt »gb@« bringen.

Näheres gibt es auch unter: [www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de) > meine Gewerkschaft



Fotos: Robert Michel

# Wie wirkt politische Bildung?

## Aktuelle Studie beschreibt Folgen der außerschulischen politischen Bildung

Die Frage nach der Wirkung führt ins Zentrum jeder pädagogischen Debatte, wenngleich sich Bildungsprozesse in ihren Erfolgen und Wirkungen einer exakten Messung entziehen (Ahlheim 2003). Die von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Untersuchung »Wie politische Bildung wirkt. Wirkungsstudie zur biographischen Nachhaltigkeit politischer Jugendbildung« (Balzter/Ristau/Schröder 2014) hat mittels der Analyse biographisch-narrativer Interviews ehemaliger Teilnehmer\*innen neue Erkenntnisse über Wirkungszusammenhänge eruiert. Durch die bundesweit angelegte, trägerübergreifende qualitative Studie konnte erstmals empirisch belegt werden, inwiefern sich Impulse und Erkenntnisse durch Veranstaltungen der außerschulischen politischen Jugendbildung biographisch nachhaltig niederschlagen. Nachgegangen wurde auch der Frage, wie sich diese neuen Anre-

gungen mit jenen Kenntnissen undhaltungen verknüpfen, die durch die Familie und andere biografische Einflüsse angelegt waren. Im Folgenden werden nach einem kurzen Umriss des Forschungsdesigns die Typologie der biographisch nachhaltigen Wirkungen politischer Jugendbildung vorgestellt und exemplarisch die Bedeutung des biografischen Ansatzes aufgezeigt.

### Wirkungsformen außerschulischer politischer Bildung

Um Erkenntnisse über die biographische Nachhaltigkeit politischer Jugendbildung zu erhalten, wurden junge Erwachsene circa fünf Jahre nach der Teilnahme an Veranstaltungen politischer Jugendbildung interviewt. Bundesweit waren 50 junge Erwachsene bereit, sich in 23 biographisch-narrativen Einzelinter-

views und vier Gruppendiskussionen an der Studie zu beteiligen. Die Auswahl orientierte sich an dem Ziel einer heterogenen Zusammensetzung im Hinblick auf Geschlecht, regionale Verortung, sozialen Status, kulturelle Herkunft und Zugehörigkeit sowie hinsichtlich der Träger, bei denen die Bildungsveranstaltungen stattfanden.

Aus der Analyse der biographisch-narrativen Interviews wurde eine Typologie der nachhaltigen Wirkung politischer Jugendbildung herausgearbeitet, die Aufschluss über die Art der Wirkung und die differenzierte Funktion der außerschulischen politischen Jugendbildung gibt. Darüber hinaus konnten weitere übergreifende Themen aus dem empirischen Material abgeleitet werden, die wichtige Erkenntnisse über die politische Sozialisation und die Gelingensbedingungen der außerschulischen politischen Bildung liefern.

## Politisches Engagement

Der erste Typus, politisches Engagement, zeichnet sich dadurch aus, dass die Jugendlichen durch die im Seminar erlebten Erfahrungen und die dort erhaltenen Impulse sich in der Folge politisch engagieren. Ausgehend von den Zielen der außerschulischen politischen Jugendbildung – Wissen zu vermitteln, Urteilsfähigkeit zu ermöglichen und Partizipation anzuregen – haben sich die befragten ehemaligen Teilnehmenden in hohem Maße politisiert.

## Berufliche Orientierung

Auf den ersten Blick überrascht der zweite Typus, die berufliche Orientierung durch außerschulische politische Jugendbildung. Bei genauerer Betrachtung erschließen sich hierfür jedoch Erklärungsansätze: Zum einen ist die Adoleszenz entwicklungspsychologisch gesehen die Phase, in der sich die berufliche Orientierung vollzieht. Somit kann von einer Sensibilisierung der Jugendlichen ausgegangen werden. Zum anderen bietet das politische Feld spezifische berufliche Orientierungen, und zwar von der Politikwissenschaft bis zum Lehramtsstudium in Politik, von dem\*der Jugendbildungsreferent\*in bis hin zum\*zur Berufspolitiker\*in. Die Träger politischer Jugendbildung gewinnen zudem ihren Nachwuchs teilweise aus ihrem Teilnehmendenkreis und bilden diesen in ihrer Organisation entsprechend aus.

## Veränderte politische Haltung

Der dritte Typus, die politisch aufgeklärte Haltung, kann den immanent politischen Wirkungen im engeren Sinne zugeschrieben werden. Politische Bildung führt durch die Anregung zu gemeinsamer kritischer Auseinandersetzung im Spannungsfeld von Gesellschaft und Individuum dazu, das bisherige Denken und Handeln in Frage zu stellen sowie sich zu einem politisch aufgeklärten und in Teilen handelnden Bürger bzw. einer Bürgerin weiterzuentwickeln. Dies umfasst beispielsweise das Informieren über politische Prozesse und Entwicklungen, die kritische Betrachtung derselben, die Verständigung darüber im sozialen Umfeld und schließlich das Inanspruchnehmen des persönlichen Wahlrechts.

## Grundfähigkeiten politischen Handelns

Der vierte Typus, der Erwerb politisch aktivierbarer Grundfähigkeiten, zeichnet sich durch bestimmte Fähigkeiten aus, die die Grundlage für politisches Handeln darstellen. Dazu gehören vor allem die Stärkung des Selbstbewusstseins, die Selbstwirksamkeitserfahrungen, der Erwerb sozialer Kompetenzen wie Kommunikation, Interaktion, Konflikt- bzw. Konfliktfähigkeit sowie die Fähigkeiten zur Präsentation und Rhetorik.

Während sich die ersten drei Typen stärker im öffentlichen Raum verorten lassen, ist der vierte Typ vorrangig auf das Individuum und dessen Voraussetzungen für das Politische bezogen. Zwischen den ersten beiden Typen ist eine große Nähe festzustellen. In vielen Erzählungen spielen beide Wirkungsrichtungen biografisch eine bedeutende Rolle bzw. gehen oftmals Hand in Hand. Zudem kann davon ausgegangen werden, dass der\*die politisch engagierte und auch der\*die im politischen Feld beruflich orientierte sowohl entsprechende politische Grundfähigkeiten erworben als auch eine politisch aufgeklärte Haltung hat. Während also der dritte und der vierte Typus den ersten beiden zugrunde liegen, ist in der weiteren Entwicklung dieser beiden Typen gleichermaßen die Möglichkeit vorhanden, sich stärker im politischen Raum einzubringen.

## Anknüpfen an Erfahrungen

Im Anschluss an die Skizzierung der vier Wirkungsrichtungen stellt sich notwendigerweise die Frage, ob ausschließlich die politische Jugendbildung für die beschriebenen Wirkungen verantwortlich gemacht werden kann bzw. inwiefern diese mit anderen sozialisationstheoretischen Faktoren zusammenspielt. Die aus dem empirischen Material herausgearbeitete funktionale Differenzierung gibt Aufschluss darüber, wie politische Jugendbildung an politischen Erfahrungen anknüpft oder die Jugendlichen mit gänzlich neuen Perspektiven konfrontiert. Dabei kann politische Bildung bereits initiierte Entwicklungen unterstützen, entscheidende Impulse geben oder das andere aufzeigen und überhaupt erst einen Zugang zum politischen Feld eröffnen.

Mittels des biografieanalytischen Ansatzes lassen sich, wie die Studie zeigt,

Entwicklungsverläufe und politische Bildungsprozesse junger Erwachsener rekonstruieren. Darüber hinaus kann der biografische Ansatz bzw. die biografische Arbeit mit Jugendlichen ein wichtiger methodischer Schlüssel in der politischen Bildung sein. Der Blick auf die jeweilige Biografie bzw. die Sensibilität dafür kann Aufschluss darüber geben, wie politische Bildung ansetzen kann. Denn wenn ein\*e Jugendliche\*r aus einem politisierten und engagierten Elternhaus stammt und sich ein solcher Weg bereits bei ihm\*ihr anbahnt, kommt der politischen Bildung vermutlich eine unterstützende Funktion zu. Dabei kann es wichtig sein, die bisherige politische Sozialisation zu reflektieren und beispielsweise dabei zu unterstützen, das eigene politische Thema/Handlungsfeld zu finden. Für Jugendliche, die aus eher bildungsfernen und/oder apolitischen Elternhäusern kommen, spielen das »... Gefühl, berechtigt zu sein, sich überhaupt mit Politik zu beschäftigen« (Bourdieu 1982) und die Bereitstellung von längerfristigen Möglichkeiten, zum Beispiel die Mitarbeit in Projekten, oftmals eine bedeutende Rolle. Den in der politischen Bildung Tätigen kommt damit eine zentrale Aufgabe zu: die Teilnehmenden zu ermutigen und zu befähigen, sich mit Politik zu befassen.

### von Nadine Balzter

wissenschaftliche Mitarbeiterin  
am Institut für Allgemeine  
Pädagogik und Berufspädagogik  
an der TU Darmstadt und am  
Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Soziale Arbeit  
der Hochschule Darmstadt



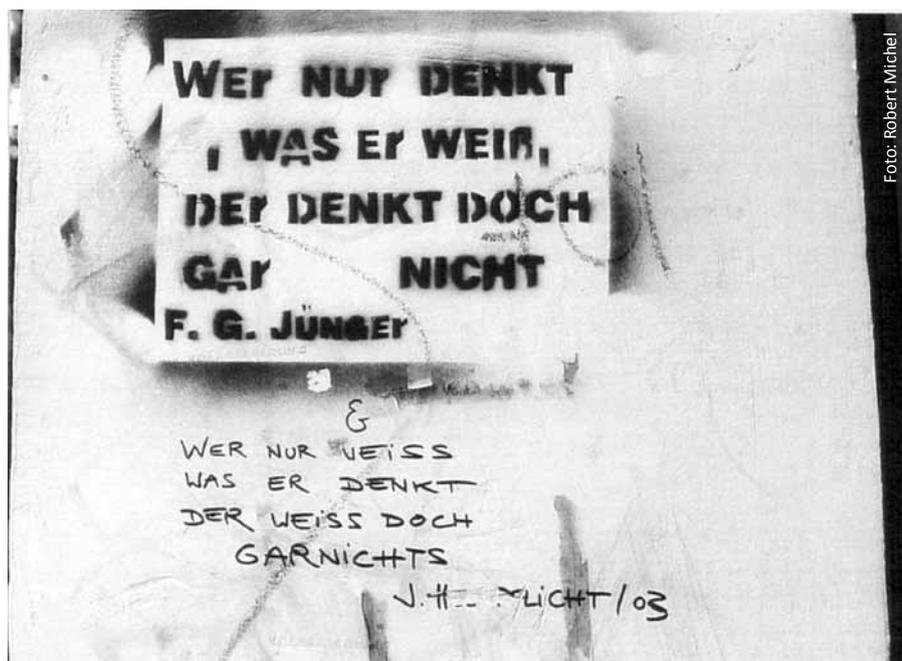
Die Autorin beschäftigt sich im Rahmen ihres Dissertationsprojektes »Zugänge zum Politischen« mit Biografien politisch engagierter junger Erwachsener.

### Literatur

Ahlheim, Klaus: Vermessene Bildung. Wirkungsforschung in der politischen Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts. 2003

Balzter, Nadine/Ristau, Yan/Schröder, Achim: Wie politische Bildung wirkt. Wirkungsstudie zur biographischen Nachhaltigkeit politischer Jugendbildung. Schwalbach/Ts. 2014

Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt 1982



# Das Recht auf Bildung in Bayern Mangelware?

**Auch ver.di Bayern kämpft für ein längst überfälliges Bildungsfreistellungsgesetz für Bayern**

Die GEW Bayern fordert schon lange ein Weiterbildungsgesetz mit Recht auf Bildungsurlaub. Zuletzt wurde diese Forderung auf der Landesvertreter\*innenversammlung 2014 bekräftigt.

Deshalb freuen wir uns sehr über das Engagement von ver.di. Kolleginnen und Kollegen von ver.di haben im letzten Jahr Unterschriften unter dieses Anliegen gesammelt. Darum haben wir Linda Schneider und Dr. Ursula Stöger gebeten, uns einen Artikel dazu zu schreiben:

## Die rechtliche Ausgangslage: das Übereinkommen der ILO Nr. 140

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) ist eine internationale Sonderorganisation der Vereinten Nationen und hat die Aufgabe, die Menschen- und Arbeitsrechte zu fördern und Arbeitsstandards weiterzuentwickeln. Hierzu erarbeitet sie rechtsverbindliche Übereinkommen und Empfehlungen für die Mitgliedsstaaten. Sofern ein Mitgliedsstaat ein Übereinkommen ratifiziert hat, ist es dort rechtsverbindlich. Ein solches Übereinkommen, das von der ILO im Jahr 1974 beschlossen und von Deutschland 1976 unterzeichnet wurde, ist das Übereinkommen Nr. 140 über den bezahlten Bildungsurlaub. Darin wird festgestellt, »... dass die Notwendigkeit einer fortdauernden Bildung und Berufsbildung entsprechend der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung und dem Wandel der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen angemessene Vorkehrungen

für einen Urlaub zu Bildungs- und Berufsbildungszwecken erfordert, um neuen Bestrebungen, Bedürfnissen und Zielen sozialer, wirtschaftlicher, technischer und kultureller Art zu entsprechen ...« sowie »...«, dass der bezahlte Bildungsurlaub als eines der Mittel zur Befriedigung der echten Bedürfnisse des einzelnen Arbeitnehmers in einer modernen Gesellschaft betrachtet werden sollte ...« (siehe Übereinkommen der ILO Nr. 140).

Deutschland hat das Übereinkommen der ILO zwar ratifiziert und sich damit auch völkerrechtlich zur Einführung eines bezahlten Bildungsurlaubs verpflichtet. Seitdem sind Jahrzehnte vergangen, ohne dass der Bund hier aktiv geworden wäre. So existiert kein Bundesgesetz, das den Anspruch auf Bildungsurlaub regelt. Allerdings haben die meisten Bundesländer in dieser Frage zwischenzeitlich die Initiative ergriffen und selbst Landesgesetze verabschiedet. In diesen zwölf Bundesländern sind sogenannte Bildungsurlaubsgesetze entstanden, die den Beschäftigten einen Rechtsanspruch auf Bildungsurlaub gewähren und u. a. den Umfang, den Geltungsbereich und die Verfahrensweise regeln. Lediglich in vier Bundesländern gibt es diesen Rechtsanspruch nicht; genau genommen sind es nur zwei Länder, Bayern und Sachsen, in denen überhaupt keine Initiative diesbezüglich erkennbar ist. Im Koalitionsvertrag Baden-Württemberg 2011 ist die Einführung eines Bildungsurlaubsgesetzes immerhin vereinbart. Auch in Thüringen hatten dies die Koalitionäre 2009 fest vereinbart, auch wenn

ein entsprechender Gesetzesentwurf Anfang 2014 im letzten Landtag vorerst gescheitert ist.

## Bayern vorn?

Bayern ist eines der wenigen Bundesländer, in denen die Beschäftigten keinen Anspruch auf Bildungsfreistellung haben.

Diese Rückständigkeit Bayerns in Fragen der Arbeitnehmer\*innenrechte will die Gewerkschaft ver.di nicht länger hinnehmen und fordert deshalb, dass auch in Bayern ein Bildungsfreistellungsgesetz<sup>1</sup> eingeführt wird. Dies haben die Delegierten auf der letzten Landesbezirkskonferenz von ver.di Bayern beschlossen.

Das von ver.di Bayern vorgeschlagene Gesetz regelt den Anspruch auf Bildungsfreistellung und seine konkrete Anwendung. Die wichtigsten Eckpunkte des Gesetzesvorschlags sind das Recht auf Freistellung von einer (Erwerbs-)Tätigkeit zur Weiterbildung unter Fortzahlung des Entgelts für mindestens zehn Arbeitstage in zwei Jahren zum Zwecke der beruflichen, der kulturellen, der allgemeinen und der politischen Bildung. Dieses Recht steht allen abhängig Beschäftigten (auch den Auszubildenden) in öffentlichen und privaten Betrieben und Verwaltungen im Freistaat Bayern zu. Über den Zeitpunkt der Bildungsfreistellung können Beschäftigte – un-

<sup>1</sup> ver.di Bayern verwendet den Namen Bildungsfreistellungsgesetz statt Bildungsurlaubsgesetz, damit nicht der Eindruck entsteht, als handle es sich bei den Bildungsmaßnahmen um Erholungsurlaub.

ter Berücksichtigung der betrieblichen Belange – selbst entscheiden. Die Kosten für die Weiterbildung tragen die Beschäftigten (Seminargebühren) und die Arbeitgeber\*innen (Entgeltfortzahlung) gemeinsam.

### Von Bildung profitieren alle

Ein Bildungsfreistellungsgesetz nutzt nicht nur den Beschäftigten. Davon profitieren auch die Wirtschaft und die Gesellschaft insgesamt.

ver.di ist der Auffassung, dass es für ein Bildungsfreistellungsgesetz in Bayern viele gute Gründe gibt. Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen unseres Landes. Ohne gut ausgebildete Beschäftigte sind Innovationen in Wirtschaft und Gesellschaft langfristig kaum möglich. Überdies braucht ein demokratisches Gemeinwesen die Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger. Wer mitgestalten will, braucht Wissen und muss sich deshalb auch weiterbilden. Bildung fördert Chancengleichheit, Innovation und den wirtschaftlich-technischen Strukturwandel.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass an betrieblichen Fortbildungsmaßnahmen überwiegend die gut und hoch qualifizierten Beschäftigten teilnehmen. Weniger gut ausgebildete Arbeitskräfte werden seltener auf Fortbildungsmaßnahmen geschickt. Damit vergrößern sich die bereits vorhandenen Bildungsunterschiede. Überdies sind von den Arbeitgebern finanzierte Fortbildungen häufig betriebspezifisch. Das erworbene Wissen kann außerhalb des jeweiligen Betriebes oft nicht umfassend angewendet werden. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird es jedoch immer wichtiger, sich ständig weiterzubilden, um am Arbeitsmarkt bestehen zu können. Bildung stärkt das Selbstbewusstsein, auch deshalb, weil umfassend gebildete Beschäftigte unabhängiger von einem Arbeitgeber sind. Hierzu ist es aber unerlässlich, dass Arbeitnehmer\*innen selbst entscheiden können, was sie lernen wollen.

Von einem Weiterbildungsgesetz profitieren alle: die Gesellschaft, die Beschäftigten und die Arbeitgeber. Die Beschäftigten, weil sie damit auf dem aktuellen Wissensstand bleiben und ihre Arbeitsmarktchancen erhalten können. Die Arbeitgeber, weil das neu erworbene Wissen auch ihnen zur Verfügung steht. Und die Gesellschaft, weil sie kluge Bürger\*innen braucht, um den Strukturwandel zu meistern.

### Bündnispartner gesucht

ver.di Bayern setzt sich für ein Bildungsfreistellungsgesetz ein und hat hierzu bereits Aktionen gestartet. Mit einer Postkartenaktion, bei der viereinhalbtausend von Beschäftigten unterschriebene Postkarten an die Landtagspräsidentin Barbara Stamm übergeben wurden, konnte eine Petition auf den Weg gebracht werden. Wie nicht anders zu erwarten, wurde diese jedoch im Ausschuss mit den Stimmen der CSU sowie der Freien Wähler abgelehnt. Lediglich die SPD und die Grünen stimmten für den ver.di-Vorschlag. Damit gibt sich ver.di jedoch noch nicht geschlagen und plant weitere Aktionen. Derzeit wird ein von ver.di und der Landtags-SPD in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten erstellt. Es geht den Fragen nach, inwiefern sich Deutschland rechtswidrig verhält, wenn es die ILO-Resolution nicht umsetzt, und welche Möglichkeiten für die Landtagsopposition und die Gewerkschaften bestehen, um hiergegen, etwa im Rahmen einer Beschwerde bei der ILO, vorgehen zu können.

Mit Werbematerialien (Kugelschreiber und Schreibblock mit Argumenten für ein Bildungsfreistellungsgesetz), die u. a. Vertrauensleute von ver.di angeht und entworfen haben, soll in den Betrieben und Dienststellen für das Bildungsfreistellungsgesetz geworben werden. Die Erfahrung mit der Postkartenaktion zeigt: Die Beschäftigten wissen, wie wichtig Bildung ist. Viele stellen sich

hinter die Forderungen von ver.di. Allerdings wissen die meistens nicht, dass in den anderen Bundesländern eine bezahlte Freistellung von der Arbeit für Bildung bereits möglich ist. Dies zeigt, dass Aufklärung über die rechtliche Situation ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem Bildungsfreistellungsgesetz ist.

ver.di ist jedoch auf die Unterstützung durch Bündnispartner angewiesen. Der DGB Bayern, die SPD und die Grünen in Bayern vertreten unsere Position. Aber dies wird vermutlich nicht reichen. Weitere Bündnispartner, etwa die Kirchen und vielleicht der eine oder andere fortschrittliche Arbeitgeber, der erkannt hat, dass Bildung eine wichtige Ressource ist, die gehegt und gepflegt werden muss, müssen gefunden werden. Ohne den gemeinsamen Einsatz der fortschrittlichen Kräfte werden wir in Bayern kein Bildungsfreistellungsgesetz durchsetzen können. Auf alle Fälle brauchen wir gute Ideen und einen langen Atem.

Weitere Infos unter:

[www.bayern.verdi.de/service/bildung](http://www.bayern.verdi.de/service/bildung)



**Linda Schneider**  
stellvertretende  
Landesbezirksleiterin  
ver.di Bayern

von



**Dr. Ursula Stöger**  
Landesbildungssekretärin  
ver.di Bayern

### Auszug aus dem Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetz (NEBG)

§ 8 Berücksichtigungsfähige Bildungsmaßnahmen

(3) Bildungsmaßnahmen, die den besonderen gesellschaftlichen Erfordernissen entsprechen, sind Maßnahmen

1. der politischen, wert- und normenorientierten Bildung,
2. zu ökonomischen und ökologischen Grundfragen,
3. des Zweiten Bildungsweges, der Alphabetisierung sowie Maßnahmen, die die Integration von Zuwanderern zum Ziel haben,
4. zum Abbau geschlechtsspezifischer Benachteiligungen,
5. der Qualifizierung zur Ausübung von Ehrenämtern und freiwilligen Diensten,
6. die geeignet sind, die soziale Eingliederung von Menschen mit Behinderungen zu fördern oder deren spezifische Benachteiligung zu mildern oder auszugleichen,
7. zur Eltern- und Familienbildung,
8. für junge Erwachsene zur Unterstützung bei der persönlichen und beruflichen Orientierung in der Übergangsphase von der Schule zum Beruf,
9. zur Orientierung und Qualifizierung mit dem Ziel der Eingliederung in das Erwerbsleben,
10. zur wirtschaftlichen und sozialen Strukturverbesserung im ländlichen Raum,
11. die der qualitativen Weiterentwicklung von Kindergarten und Schule dienen,
12. in Kooperation mit Hochschulen und deren Einrichtungen, wenn damit
  - a) wissenschaftliche Erkenntnisse vermittelt werden,
  - b) die Übergänge vom Beruf oder von der Schule zur Hochschule verbessert werden,
  - c) Einrichtungen der Erwachsenenbildung Lehranteile der Hochschule auf der Grundlage von Vereinbarungen übernehmen oder
  - d) neue Vermittlungsformen erprobt werden.

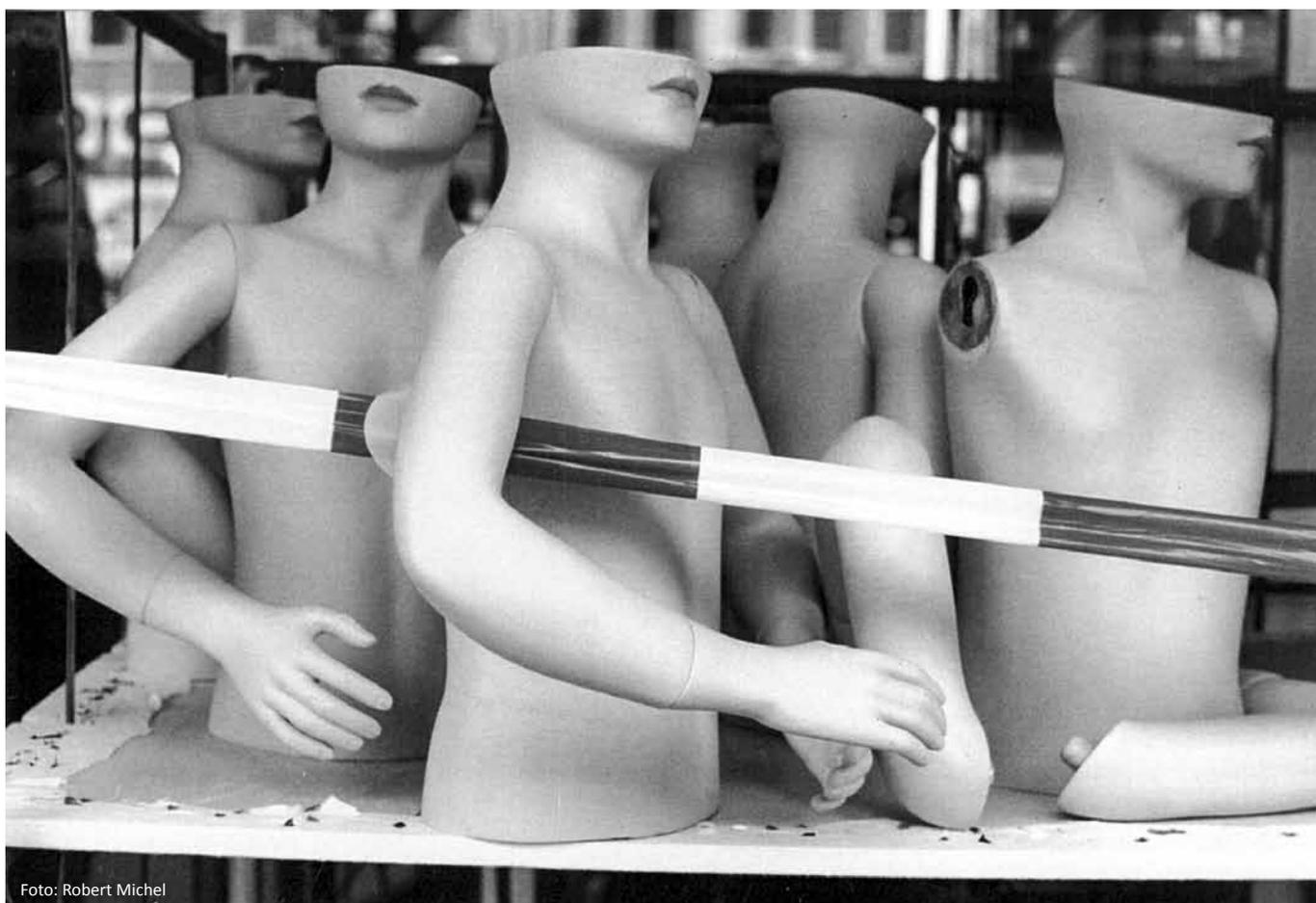


Foto: Robert Michel

# Auch Orchideen können sterben

## Das Ende der Hochschule für Politik

Es ist eine Geschichte, wie man sie nicht jeden Tag hört. Wie alle guten Geschichten beginnt sie mit »Es war einmal ...« Zwischendurch sieht alles nach einem Happy End aus. Doch was dann geschieht, ähnelt mehr einem schlechten Witz als guter Prosa oder vernünftiger, demokratisch verantwortbarer und sozial verträglicher Hochschulpolitik.

### Es war einmal ...

Fünf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wird in München auf Drängen der Amerikaner die Hochschule für Politik (HfP) gegründet. Gründungsanlass und -auftrag ist: die Deutschen für die Demokratie fit zu machen. Reeducation, »Erziehung zur Demokratie«, ist das Gebot der Stunde. Heute würde man von politischer Bildung sprechen. 20 Jahre später spielt das ursprüngliche Anliegen keine Rolle mehr, Krieg und Nationalsozialismus liegen lange zurück, Normalisierung ist angesagt: Per Landtagsgesetz wird aus dem alliierten Bildungs-

projekt eine »institutionell selbständige Einrichtung an der Universität München«, an der man studieren und einen vollwertigen akademischen Abschluss erwerben kann.

Das »Gesetz über die Hochschule für Politik München« begründet die eigentümliche Sonderstellung der Hochschule – und ihren Ruf als Orchidee in der deutschen Hochschullandschaft: Das Münchner Institut darf fortan für sich in Anspruch nehmen, die einzige Hochschule in der Bundesrepublik zu sein, deren Rechtsgrundlage ein eigenes, nur für sie geltendes Hochschulgesetz darstellt. Das Besondere der hybriden Konstruktion: Die Hochschule organisiert eigenständig das Studium, die Verantwortung für die Studiengänge liegt jedoch bei der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU), die auch die Diplommatten ausstellt. Mit der »institutionellen Selbständigkeit« ist es also nicht allzu weit her, die gedeihliche Zusammenarbeit mit der LMU als verantwortlicher

Trägeruniversität eine unbedingte Notwendigkeit.

### Es geht um Ressourcen

Die Probleme der Hochschule beginnen 2011. Den Anfang machen heftige Attacken des Geschwister-Scholl-Instituts für Politikwissenschaft (GSI), die im Dezember in einen Senatsantrag der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der LMU münden, die gesetzlich vorgeschriebene Zusammenarbeit mit der HfP aufzukündigen. Die Gründe sind vorgeschoben, wenngleich nicht völlig aus der Luft gegriffen: Lehrpersonal und -inhalte der Hochschule seien überaltert, Reformperspektiven nicht erkennbar, Parallelstrukturen angesichts knapper Haushalte nicht länger akzeptabel. In Wirklichkeit geht es, insbesondere aus der Sicht der Professor\*innen des GSI, darum, einen lästigen Konkurrenten loszuwerden und sich die frei werdenden Ressourcen unter den Nagel zu reißen. Politikwissenschaftliche Alleinvertretungshybris, ein

szientistisch verkürzter Wissenschaftsbegriff und eine gehörige Portion Eitelkeit tun ihr Übriges.

### Widerstand aus dem Landtag

Würde sich die LMU mit ihrem Ansinnen durchsetzen, wäre dies das Ende der HfP. Jedoch: Man soll die Rechnung nie ohne den Wirt machen! Der Wirt ist in diesem Fall der Bayerische Landtag, der sich in besonderer Weise für die aus Landtagsmitteln finanzierte Hochschule verantwortlich fühlt, die Pläne der LMU für rechtswidrig hält und auf fraktionsübergreifenden Konfrontationskurs geht. Die Hochschule, so Landtagspräsidentin Barbara Stamm, sei ein »Kind des Landtags«, und das wollen sich die Abgeordneten von den LMU-Professor\*innen auf keinen Fall wegnehmen lassen!

Gemeinsames Ziel aller Landtagsparteien ist die Reform der Hochschule. Zu diesem Zweck wird im Frühjahr 2012 vom Hochschulausschuss des Landtages ein Unterausschuss eingesetzt. Sein Auftrag: ein »Zukunftskonzept für die Hochschule für Politik (HfP) München« zu erarbeiten. Während die LMU-Professor\*innen ihre Ankündigung wahr machen und zeitweise eine »Politik des leeren Stuhls« praktizieren, arbeitet man im Ausschuss am Reformprozess, der den Lehrbetrieb sichern und einen Neubeginn ermöglichen soll. Ende Februar 2013 werden die Ergebnisse präsentiert und im Juni vom Landtag einstimmig in einer Gesetzesreform fixiert: Kern der Neuausrichtung ist die Umstellung vom Diplom auf das Bachelor-Master-System. Außerdem ist von festen Professuren und von einer stärkeren Praxisorientierung die Rede. Ein\*e neu zu wählende\*r Reformrektor\*in soll den Transformationsprozess managen, ein Reformbeirat den Prozess begleiten und überwachen. Ein ehrgeiziges Projekt! Es scheint sogar, als hätte sich der Landtag auf der ganzen Linie durchgesetzt: Auch die Anbindung an die LMU soll bestehen bleiben. Gleiches gilt für das Alleinstellungsmerkmal dieser Hochschule, Studierenden ohne Hochschulreife und Berufstätigen ein vollwertiges Studium zu ermöglichen. Deutlichstes Reformsignal ist der neue Namenszusatz »Bavarian School of Public Policy«.

### Rettungsversuche

Der Optimismus ist groß. Vor allem die Mitarbeiter\*innen der HfP sind froh

darüber, dass die Ungewissheit endlich ein Ende hat. Sie haben sich jedoch zu früh gefreut. Die Bestellung des\*r Reformrektors\*in misslingt: Erst zieht der vom Reformbeirat favorisierte Kandidat seine Bewerbung zurück, dann scheidet ein sich daran anschließendes Berufungsverfahren an der LMU. Damit ist das Ziel, den mit einer LMU-Professur verknüpften Posten bis zum Oktober 2014 zu besetzen, nicht mehr zu realisieren. Auch der Beginn des Bachelorstudiengangs im Wintersemester 2015 ist gefährdet. Da seit dem Wintersemester 2014 überdies keine Einschreibungen für den Diplomstudiengang mehr vorgenommen werden dürfen, droht nun ein Szenario, das jede Hochschule unbedingt vermeiden will: Der HfP gehen die Student\*innen aus!

Die Situation ist verfahren, die Politik mit ihrer Weisheit am Ende. Woher bloß eine\*n Reformrektor\*in nehmen? Widerstrebend wird nun sogar von den Politiker\*innen der worst case in Betracht gezogen: die Schließung der Hochschule. In ihrer Verzweiflung wenden sich die Parlamentarier\*innen an die TU München und offerieren ihr ein Angebot, das es in sich hat: Sie schenken ihr die Hochschule mit fünf neuen Lehrstühlen und dem Recht, mit dem Traditionshaus nach Gutdünken verfahren zu dürfen. Wer kann da schon Nein sagen? Der TU-Präsident jedenfalls nicht. Hatte er vor zwei Jahren ein ähnliches Angebot noch abgelehnt, so greift er diesmal zu. Alles andere wäre nicht nur überraschend, sondern auch fahrlässig gewesen. Man bedenke: fünf Lehrstühle for nothing!!!

### Operation gelungen – Patient tot?

Anfang Juli verkünden die Mitglieder des Reformbeirats die gelungene Rettungsaktion den Mitarbeiter\*innen der Hochschule. Erleichterung allenthalben, vor allem aufseiten der wissenschaftlichen Mitarbeiter\*innen, die um die Verlängerung ihrer Verträge fürchten. Artig wird geklatscht, gratuliert und sich bedankt. Bedenken ob der Tragfähigkeit der enthusiastisch gefeierten Lösung werden hintangestellt. Zu süß ist der Traum, dass es nun weitergeht. Doch das Erwachen ist bitterer, als man es sich je hätte vorstellen können. Über die Hochschule wird ein Moratorium verhängt. Die Folge: Verträge werden nicht mehr verlängert, wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen entlassen. Angeblich sei ein Bedarfsprüfungsprozess im Gange, tatsächlich stehen auf einmal alles und jede\*r zur Disposition, selbst die Verträge der studentischen Hilfskräfte, die in der hochschuleigenen Bibliothek arbeiten.

Niemand in der Hochschule weiß derzeit, wie es weitergeht. Eines scheint jedoch gewiss: Die *alte* HfP wird es nicht mehr geben! Sie wird gerade abgewickelt!

Fazit: Was man verhindern wollte, ist am Ende dennoch eingetreten, mögen die Politiker\*innen auch vom Gegenteil überzeugt sein. Die HfP wurde zu Tode gerettet! Wir kondolieren!

### Fachgruppe Hochschule und Forschung München

Ansprechpartner: Michael Bayer  
huf@gew-muenchen.de

### Werbung an der Ludwig-Maximilians-Universität München



Etwa 1000 Lehramtstudierende wurden neben ihren Studienkolleg\*innen an der LMU zu Beginn des Wintersemesters zur Orientierung und Vorbereitung auf das Studium und die Universitätsstrukturen begrüßt. Auch die GEW war mit von der Partie, verteilte Infomaterial vor den Seminarräumen und am Infotisch und beantwortete zahlreiche Fragen der interessierten Studentinnen und Studenten. Siehe Foto v. l. n. r.: Annika Schramm (LA-Studentin), Bernhard Baudler (GEW Bayern), Elke Hahn (GEW Bayern), Juliana Graf (LA-Studentin).



Deutsche Truppen in Belgien 1914  
Foto: imago/United Archives

# Aus der Geschichte lernen?

## Eine Nachbetrachtung zum 100. Jahrestag des Ersten Weltkriegs

Medienwirksam wurde 2014 die These herausgestellt, dass die damaligen Großmächte »wie die Schlafwandler« in den Ersten Weltkrieg hineingeraten seien. Doch wer sich ernsthaft mit den grundlegenden Fakten und Zusammenhängen beschäftigt, kann nicht übersehen, dass für den Ausbruch und die Durchführung des Ersten Weltkriegs letztendlich hegemoniale Ziele der involvierten Großmächte entscheidend waren. Erinnert sei nur an die Kriegszielenkschrift des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg vom 9. September 1914. Darin wurden weitreichende expansive deutsche Kriegsziele beschrieben: territoriale Annexionen in Europa, koloniale Erwerbungen vor allem in Afrika und »Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes«, der »unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder«, aber »tatsächlich unter deutscher Führung« zu stehen habe.<sup>1</sup>

Und wie verhielten sich die deutschen Gewerkschaften?<sup>2</sup>

### 750.000 Menschen demonstrierten im Juli 1914 gegen den drohenden Krieg

Gewiss gab es 1914 eine breite Stimmung für den Hurra-Patriotismus, vor allem in den Mittel- und Oberschichten der Gesellschaft. Bei all den anderen herrschte ein anderes Klima vor, mit Sicherheit bei der sozialdemokratisch orientierten gewerkschaftlichen Basis. Als der SPD-Vorstand in den letzten Julitagen 1914 zu Protesten gegen den drohenden Krieg aufrief, beteiligten sich, wie neuere Berechnungen ergaben, annähernd 750.000 Menschen an Hunderten von Kundgebungen und Demonstrationen.

Gleichzeitig gab der SPD-Vorstand am 29. Juli gegenüber Reichskanzler Beth-

mann Hollweg die beruhigende Erklärung ab, dass im Falle eines Krieges mit keinem sozialdemokratischen Widerstand zu rechnen sei. Obwohl diese Absprachen geheim waren, spürte die Basis durchaus, dass etwas nicht stimmte. Als in Berlin Parteifunktionäre die Demonstrierenden mit »beruhigenden Reden« aufforderten, doch nach Hause zu gehen, gab es lautstarke Proteste mit sarkastischen Ausrufen wie »Legt euch doch ins Bett«.

Am 4. August 1914 ließ der SPD-Vorstand dann die Katze aus dem Sack: »Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich!« Die Kriegskredite wurden bewilligt. Nicht Kampf gegen den Krieg, sondern Unterstützung des Krieges war nun offizielle Politik.

Bereits zwei Tage vorher, am 2. August 1914, war die »Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands«<sup>3</sup> zu einer Konferenz zusammengetreten. Das oberste Gewerkschaftsgremium gab der Regie-

1 Die »Kriegszielenkschrift« von Bethmann Hollweg ist im Internet einsehbar und abrufbar.

2 Die Rede ist hier im Weiteren von den damaligen SPD-geführten Gewerkschaften im Unterschied zu den christlichen und Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften.

3 Dieses Gremium ist mit dem heutigen DGB-Vorstand vergleichbar.

rung umgehend ihre Zustimmung, dass Erwerbslose aufs Land geschickt werden, damit sie dort »die durch die Kriegserklärung gefährdeten Erntearbeiten ausführen.«<sup>4</sup> Ebenso wurde bei Kriegsbeginn beschlossen, sämtliche Streiks einzustellen. Doch die Kontinuität der wilhelminischen Klassengesellschaft setzte sich im Krieg ungebrochen fort und führte zu verschärfter Verelendung und Ausbeutung – und bald auch zu Protesten.

### Beginnende Proteste gegen den Krieg

Den Anfang machten die Frauen, vor allem Arbeiterinnen. Am 18. März 1915 versammelten sich 500 von ihnen vor dem Reichstagsgebäude in Berlin zum Protest gegen Hungerpolitik und Krieg. Am 28. Mai 1915 fanden sich dort erneut mindestens 1.500 Personen zusammen, meist Frauen, um lautstark gegen den Krieg und gegen die Teuerung zu demonstrieren.

Am 29. Oktober 1915 drangen sozialdemokratische Berliner Frauen während der Sitzung des SPD-Parteiaussschusses in den Saal ein, um gegen die Unterstützung des Krieges zu protestieren. Laut Sitzungsprotokoll fielen Worte wie »Lumpen«, »vollgefressene Kerle« und »Schuffte«. Eine Vertreterin verlas eine Rede gegen die Politik des »Burgfriedens«. Ihr Vorwurf: Die SPD habe sich unter dem Sozialistengesetz (1878 bis 1890) auch nicht geduldig dem Drucke gefügt, sondern durch geeignete Maßnahmen ihren Kampf fortgeführt. Der Regierung und den hinter ihr stehenden Kräften gehe es gar nicht um »Verteidigung unserer Grenzen«, sondern um »weitgehende Eroberungspläne«, um die »Ausbeutung großer Gebiete«. Dem müsse in aller Öffentlichkeit und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegengetreten werden, so ihre Forderung.

Im Juni 1916 folgte dann eine politische Streik- und Demonstrationswelle, z. B. in Braunschweig, Stuttgart und Bremen. Am 28. Juni streikten über 50.000 Arbeiter\*innen in den größten Berliner Rüstungswerken gegen den Krieg und für die Freilassung von Karl Liebknecht, der am 1. Mai in Berlin verhaftet worden war.

### Generalkommission gegen Streiks

Die Kriegsunterstützer\*innen gerieten im Verlauf der ersten beiden Kriegsjahre immer mehr unter den Druck von unten. Daher sahen sie sich im Mai 1916 zur Herausgabe einer Flugschrift veranlasst: »Die Gewerkschaften und die Politik des 4. August 1914«. Erklärtes Ziel dieser Publikation war, dass »die beharrlichen Verweigerer unschädlich gemacht werden.«<sup>5</sup> Es gehe um die »deutsche Selbsterhaltung«. Würden Deutschlands Kriegsgegner\*innen siegen, dann würde dies »ein blühendes Reich zugrunderichten« usw.

Als es dann im April 1917 zu einer »wilden« Streikbewegung mit zirka 300.000 Beteiligten kam, teilte Hindenburg der Generalkommission mit, sie hätte gefälligst alles zu tun, um die Streiks abzuwürgen. Nachdem dies gelungen war, meldete die Generalkommission die Auftrags Erfüllung: »Ew. Exzellenz! danken wir für die Übermittlung des Schreibens des Herrn Generalfeldmarschalls von Hindenburg. Mit den leitenden Gedanken der Darlegungen erklären wir uns völlig einverstanden. Arbeitsniederlegungen in der gegenwärtigen Stunde sind zu vermeiden; Erhaltung und Sicherheit des Reiches stehen an erster Stelle.«<sup>6</sup>

### Beispiel »Hilfsdienstgesetz« 1916

Das »Vaterländische Hilfsdienstgesetz« von 1916 verordnete die Zwangsarbeitspflicht aller männlichen Einwohner zwischen 16 und 60 Jahren. Damit sollten noch mehr Kräfte mobilisiert werden, um den Krieg doch noch zugunsten Deutschlands zu entscheiden. Für den Erfolg des Gesetzes war gewerkschaftliche Mitwirkung wichtig. Daher wurden »Ausschüsse« gebildet. In diesen durften neben einem Offizier, der den Vorsitz hatte, neben zwei »höheren Staatsbeamten« sowie neben zwei Vertretern der »Arbeitgeber« auch zwei Vertreter der »Arbeitnehmer« dabei sein.

Antimilitaristische Kräfte verurteilten und bekämpften dieses Gesetz, da es die Aufhebung der Freizügigkeit, der Arbeitswahl, des Streikrechts, ja Zwangsar-

beit bedeutete und nur der Fortsetzung des Kriegs diene. Die Generalkommission begrüßte und unterstützte dieses Gesetz jedoch aufs Freudigste: »Wir ... haben den guten Willen, alles zu tun, um das Gesetz flottzumachen.«<sup>7</sup>

Die »vaterlandslosen Gesellen«, die bis zum Ersten Weltkrieg als Paria geächtet waren, bekamen nun endlich die gewünschte »Anerkennung«. So schien es. Wer den Krieg aber ablehnte und bekämpfte, wurde zu gleicher Zeit von Polizei und Justiz weiterhin scharf verfolgt und oftmals zu Gefängnisstrafen verurteilt, wie etwa Rosa Luxemburg wegen einer Rede gegen die deutsche Kriegspolitik.

Umso erstaunlicher ist diesbezüglich eine Behauptung im Artikel »Die deutschen Gewerkschaften und der 1. Weltkrieg« von Dr. W. Uellenberg-van Dauen in der DGB-»Gegenblende« vom 6. Mai 2014. Dort unterstellt er tatsächlich, das »Vaterländische Hilfsdienstgesetz« sei »ein Durchbruch auf dem Weg zur Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital in den Betrieben« gewesen.<sup>8</sup>

### Diskussionsbedarf, Klärungsbedarf

Es wäre schön und gut, wenn die 1914 auf der Tagesordnung gestandenen Fragestellungen heute nur mehr von historischem Interesse wären. Leider ist dies nicht der Fall. Das zeigen nicht nur aktuelle Kriege und Kriegskonflikte mit bedrohlicher Dynamik, einschließlich einer sich dramatisch abzeichnenden Ausdehnung deutscher Kriegseinsätze. Was ist zum Beispiel mit dem »Ja« des DGB-Bundesvorstands zum Nato-Krieg gegen Ex-Jugoslawien 1999, bei dem auch die Bundeswehr mit bombardierte? Wohin gehen die Gewerkschaften im DGB 100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg, wenn derartiges möglich ist? Wie in der DDS vom September 2014 dargestellt worden ist, bleiben entscheidende Fragen brisant. Wir müssen sie stellen – auch an den DGB-Bundesvorstand, wir dürfen ihnen nicht ausweichen.

Wir bleiben dran.

#### von Wolfgang Häberle

Lehrer an der FOS/BOS  
Aschaffenburg  
Mitglied der DDS-Redaktion



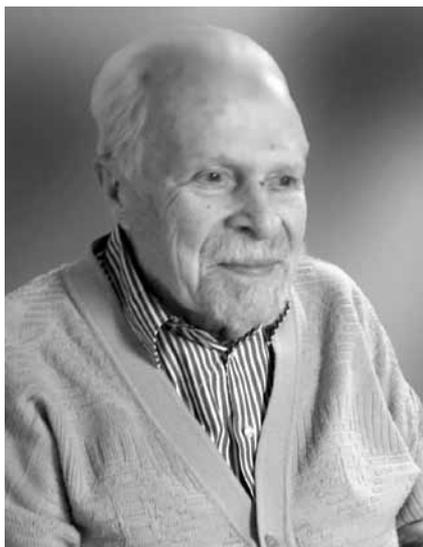
4 Konferenz der Verbandsvorstände am 2.8.1914, in: Hermann Weber, Klaus Schönhoven und Klaus Tenfelde (Hrsg.): Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Band 1: Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution 1914-1919. Bund-Verlag, Köln 1985, S. 75. Im Weiteren zitiert als Weber a. a. O.

5 Siehe Weber a. a. O., S. 229; die komplette Flugschrift ist dort abgedruckt.

6 Zitiert nach Weber a. a. O., S. 354

7 Konferenz vom 12.12.1916, zitiert nach Weber a. a. O., S. 281

8 Unter dem oben genannten Titel ist der Artikel auf der Gegenblende-Homepage des DGB abrufbar.



# Trauer um Hans-Herwarth Stadler

Am 7. September 2014 verstarb Hans-Herwarth Stadler im Alter von 89 Jahren in Peißenberg/Oberbayern. Die Urnenbeisetzung fand auf Wunsch des Verstorbenen im engsten Familienkreis statt.

Er war seit Januar 2011 Ehrenvorsitzender des GEW-Kreisverbandes Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen.

Hans-Herwarth Stadler wurde im Jahr 1925 in München geboren.

Bei Kriegsende war er in russischer Gefangenschaft und floh aus einem Lager in Rumänien heim nach Oberbayern.

## Ein vielfältiges Berufsleben

Er arbeitete in den ersten Nachkriegsjahren zunächst im Landkreis Fürstfeldbruck auf einem Gut im landwirtschaftlichen Bereich. Dann war er je ein Jahr im Landschaftsgartenbau tätig und auf einer Staatsdomäne in Baden-Württemberg Praktikant, wo er mit Vieh- und Pferdezucht beschäftigt war. Dort organisierte er sich in der Gewerkschaft Landwirtschaft, Gartenbau und Forsten.

Danach arbeitete er in Rosenheim in der Holzindustrie, lernte in Abendkursen Buchhaltung und erwarb die Refa-Scheine. Im Herbst 1950 bestand Stadler die Facharbeiterprüfung, 1952 die Industriemeisterprüfung und arbeitete ein Jahr lang als Betriebsleiter in Dinkelsbühl. Zu dieser Zeit war er in die Gewerkschaft Holz übertreten.

1953 war Hans-Herwarth Stadler kurz arbeitslos, traf in München einen

Dozenten für Berufsschullehrer und machte die Studienaufnahmeprüfung am BPI. Als Referendar kam er 1955 mit einem Arbeitsvertrag nach Peißenberg und unterrichtete zehn Jahre lang in der Bergmännischen Betriebsschule, damals eine Außenstelle der Verbandsberufsschule Weilheim. Seine Fächer waren Fachrechnen, Fachzeichnen, Deutsch, Sozialkunde. Bis zu seiner Pensionierung 1987 unterrichtete er dann an der Berufsschule in Weilheim in der Fachsparte Holz und Bau auch Fachtheorie.

Als Pensionär reiste der Campingfan mit seiner Frau Ingeborg, mit der er über sechs Jahrzehnte verheiratet war, monatelang im Ausland umher, um sich kulturell und geschichtlich weiterzubilden.

## Politisch engagiert

24 Jahre saß Hans-Herwarth Stadler für die SPD im Peißenberger Marktgemeinderat. Er war während seiner gesamten Amtszeit Mitglied des Hauptausschusses.

Seine Korrektheit, seine Sachkundigkeit, sein vielseitiges Interesse, aber auch seine Achtsamkeit im Umgang mit Menschen, die eine andere Meinung vertraten, zeichneten seine Arbeit nicht nur in diesem Gremium aus.

Sein Leben lang war Hans-Herwarth Stadler an aktuellen politischen Entwicklungen wie dem Marrakesch-Prozess oder dem geplanten Freihandelsabkommen TTIP interessiert. In zahlreichen Artikeln in der Zeitung OHA (Zeitung aus dem Pfaffenwinkel) gab er sein Fachwissen an zeitkritische Menschen weiter. Noch am 22. Mai 2014 referierte er auf einer Kundgebung für die Weilheimer Attac-Gruppe. Stadler verwies in seinem Statement auf eine wesentliche begriffliche Ungenauigkeit in der gesamten TTIP-Diskussion hin. Schiedsgerichte, nicht Schiedsstellen, wie bei TTIP gefordert, müssten die Streitbeilegungsmechanismen sein, mit zuverlässigen Rechtssystemen.

## Alterspräsident in Bonn

Am 17. und 18. November 2013 fand im ehemaligen Bundestag in Bonn ein einzigartiges Experiment statt: das Parlament der Generationen. Dort begrüßte Hans-Herwarth Stadler als Alterspräsident mit 88 Jahren die Parlamentarier vor der großen Abstimmung im Plenum.

## Von Anfang an in der GEW Bayern

Als Hans-Herwarth Stadler im Mai 1948 in die Gewerkschaft eintrat, gab es in Bayern noch keine GEW. Diese wurde erst am 8. Dezember 1951 gegründet und als angehender Berufsschullehrer wechselte Stadler dann zur GEW. Sein Mitgliedsausweis trägt die Nummer 257.

»Man kann als Einzelner nur stark werden durch die Gemeinschaft, in der man aktiv ist. Die GEW kennt keine Standesdünkel und steht für eine standeslose Gesellschaft. Der Philologenverband z. B. vertritt ja nur die Interessen der Akademiker«, sagte Hans Herwarth Stadler in einem OHA-Interview im Februar 2012.

Hans-Herwarth Stadler arbeitete in der GEW drei Jahrzehnte in ehrenamtlichen Funktionen – auch im Landesvorstand. Wir von der kommissarischen Vorstandschaft der örtlichen GEW kannten ihn ja erst seit der Neuorganisation unseres Kreisverbandes. Er nahm stets an den Sitzungen auf regionaler Ebene teil und informierte uns GEWler z. B. über die Gemeinwohlökonomie oder andere aktuelle Themen.

Wir können es noch immer nicht glauben, dass Hans-Herwarth Stadler nie mehr an unseren Sitzungen teilnehmen wird. Er hinterlässt im GEW-Kreisverband eine große Lücke. Sein Sachverstand und seine Erfahrungen werden uns sehr fehlen.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie: seinen drei Kindern, vier Enkeln und zwei Urenkeln.

**von Irmgard Schreiber-Buhl**

## Auf dem langen Weg zur Inklusion

Noch ein Buch über die inklusive Schule? Ja! Aber: Es lohnt sich durchaus, diese Zusammenstellung aus der Westermann-Reihe »Praxis Pädagogik« zu lesen.

Die Autor\*innen beschränken sich nicht darauf, einige durchaus existente inklusive Bildungseinrichtungen – oder zumindest solche, die sich auf den Weg gemacht haben – in allgemeiner Lobhudelei gelungener Beispiele darzustellen.

Ausgehend von der allgemeinen Betrachtung, was inklusive Schule bedeutet und wie die Herangehensweise einzelner Einrichtungen bisher ausgesehen hat, gehen sie drei wichtigen Fragestellungen nach:

- Was brauchen inklusive Schulen?
- Wie sieht die Arbeit im Klassenraum aus?
- Wie gelingen inklusive Schulen?

Die Verfasser\*innen betonen und erklären den viel beschworenen Paradigmenwechsel von dem selektierenden (deutschen) Bildungssystem der Vergangenheit und Gegenwart zu einem, das allen Menschen gleichberechtigt und selbstverständlich eine umfas-

sende und bestmögliche Bildung ermöglicht. Nicht die Kinder müssen zur Schule passen, sondern Schulen stellen sich auf die heterogenen Kinder und ihre Bedürfnisse ein. Dass ein solcher Wechsel in der Schulentwicklung nicht blitzgeschwind und reibungslos geschieht, ist erklärlich und offensichtlich. Das Umdenken hat noch lange nicht in allen Köpfen der Pädagog\*innen, Politiker\*innen oder Eltern und Arbeitgeber\*innen begonnen und bringt Verunsicherungen mit sich. Wie dennoch so ein Umbau gelingen kann, welche Hilfen zu finden sind, wie kleine und große Fortschritte gemacht und wie Fehler und Irrtümer genutzt werden können, das zeigt dieser Band in zahlreichen Beiträgen erfahrener Pädagog\*innen aus der Praxis.

Und noch etwas verschweigen die Autor\*innen nicht:

- Pädagog\*innen in Schulen, die sich auf den Weg zur inklusiven Schule machen, brauchen Zeit – zeitliche Entlastung von anderen Aufgaben für die Arbeit in der Schulentwicklung.



Dietlinde H. Vanier,  
Dieter Wendt  
(Hrsg.):  
Die inklusive Schule  
hier und jetzt. Anre-  
gungen, Alltags-  
erfahrungen und Aus-  
blicke

Westermann Verlag, Braunschweig 2014  
200 Seiten, 21,95 EUR  
ISBN: 978-3-14-162160-0

- Die Schulentwicklung zur inklusiven Schule kostet Geld für bessere materielle Ausstattung und qualifizierte Fachkräfte in multiprofessionellen Teams sowie für bessere Aus-, Fort- und Weiterbildung.

Ein Buch, das gleichzeitig Bestandsaufnahme ist, Fragen beantwortet und Anregungen liefert.

von **Bruni Römer**



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur.

Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) ist im Internet unter [www.AJuM.de](http://www.AJuM.de) (LesePeter) abrufbar.

Im November 2014 erhält den LesePeter das Sachbuch

**Chantal-Fleur Sandjon und Pe Grigo:**

**Happy Earth**

Fischer Sauerländer • Frankfurt 2014 • 131 Seiten • 14,99 EUR • ab 11 Jahren  
ISBN 978-3-7373-5089-1

Mit großem Aufwand und ganz viel Liebe zu unserer Umwelt ist ein ganz besonderes Buch entstanden. Es lohnt sich, das Buch »Happy Earth« in die Hand zu nehmen und sich genauer anzuschauen, denn Umweltschutz geht uns alle an, gerade in einer Zeit, in der es alles im Überfluss gibt. Dass Umwelt nicht nur ein Thema für Erwachsene ist, beweist das Buch »Happy Earth« mit seinen zahlreichen Tipps und Tricks, wie auch Jugendliche sich für eine bessere Welt einsetzen können. Dabei erhält man nicht nur wichtige Sachinformationen, sondern wird außerdem noch durch Rezepte, Bastelideen aus Altkleidern zum kreativen Tun angeregt.



## Leserbriefe ... Leserbriefe ... Leserbriefe ... Leserbriefe ...

zu DDS 9/2014, »Fördern und Noten – geht das?« und »Erfahrungen einer Großmutter über den Weg ihrer Enkelkinder in der Grundschule«

**Bayerische Grundschule muss inklusiv werden!**

Wohlthuend, konkret und lesbar waren die beiden Artikel in der DDS 9/2014 über die Situation an unseren Grundschulen.

Zum wievielten Mal wurde belegt, welche Wunden und Frustrationen allein schon die staatlich verordneten Noten bei kleinen Kindern anrichten!

Die schlechten Arbeitsbedingungen tun ein Übriges. Um Inklusion in allen Grundschulen erfolgreich durchzuführen, sind daher folgende Reformen nötig:

- Flexibler Übergang vom Kindergarten in die Grundschule

- Ersetzung des Notensystems durch individuell beschriebene und mit Kindern und Eltern besprochene Bewertungen
- Pädagogische Zweitkräfte in allen Klassen, vorrangig in den Klassen mit Kindern mit Behinderung und hohem Migrant\*innenanteil
- Altersmischung im Umfang der »flexiblen Grundschule«, die damit zur inklusiven Eingangsstufe würde

Umso trauriger ist die Tatsache, dass der Landesausschuss der GEW in Bayern im Juli sich nicht auf dieses Programm einigen konnte und das Problem schlicht aufs nächste Jahr vertagte.

Günther Schedel-Gschwendtner  
Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe der GEW Bayern

aus der GEW ... aus der GEW ... aus der GEW ... aus der GEW ... aus der GEW

## Arno Behrisch (1913-1989): Gewerkschafter, Antifaschist, Friedenskämpfer

GEW und VVN Weiden erinnern an den einstigen Hofer Abgeordneten

Sein Name findet sich weder auf der Homepage der Stadt Hof noch auf dem Stadtplan. Kein Wort davon, dass der Nazi-Gegner Arno Behrisch fünfzehn Jahre lang einer der populärsten und umstrittensten politischen Akteure in Hof und Nordostoberfranken war. Immerhin wählten die Hofer Bürger\*innen den SPD-Spitzenkandidaten 1946 in den Landtag, 1949 mit Direktmandat sogar in den Bundestag. Im politischen Leben des gebürtigen Dresdners scheinen wie in einem Brennglas zentrale Konflikte deutscher Geschichte auf: der antifaschistische Widerstand, der Wandel vom Kalten Krieg zur Entspannungspolitik, die Massenbewegungen gegen die Berufsverbote und gegen die Aufrüstung.

Gründe genug für die Kreisvorstände von GEW und VVN-BdA, seiner zu gedenken. GEW-Kreisvorsitzender Karlheinz Edelmann begrüßte als Referenten seinen Gewerkschaftskollegen Peter Weiss. Dieser berichtete, wie tief beeindruckt er als junger Mann von der Begegnung mit Behrisch war. Der Weidener, nicht wenigen in der GEW als konsequenter Berater und Aktivist bekannt, entpuppte sich hier als gründlicher Historiker und versierter Anekdotenerzähler.

Mit noch nicht vierzehn Jahren schließt sich der Schriftsetzerlehrling Behrisch bereits der Gewerkschaft an. Dass sein Vater aus dem Ersten Weltkrieg nicht zurückkommt, flößt dem kleinen Arno einen tief sitzenden »Abscheu vor dem Barras« ein. Früh auch Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend tritt er mutig auf gegen die immer dreister werdenden Nazis.

Nach 1933 verschlägt es den 20-Jährigen ins Exil. In Schweden stellt er zusammen mit deutschen Sozialdemokrat\*innen illegale Druckschriften für den Widerstand in Nazi-Deutschland her. Dass er auch an Sabotageakten und an Special Operations des britischen Geheimdienstes teilnimmt, macht ihn wie auch seine Weggefährten im Exil, u. a. Willy Brandt, in den Augen der Rechten zum »bezahlten Agenten«. Als Wortführer seiner ewiggestrigen Gegner\*innen in Hof tut sich dabei ein früherer HJ-ler und SS-Mann hervor. Behrisch, lange Jahre auch Chefredakteur der »Oberfränkischen Volkszeitung«, wehrt sich nach Kräften gegen die Rufmord-Kampagnen der Lokalpresse, auch gerichtlich.



Zusammen mit seinem SPD-Ortsverein kämpft er in den 50er-Jahren gegen die Remilitarisierung. Doch seine Partei passt sich zunehmend dem Kalte-Kriegs-Kurs an. Enttäuscht wendet sich Behrisch 1961 der Deutschen Friedensunion (DFU) zu, einem Sammelbecken der linken Opposition, einschließlich Mitgliedern der damals noch verbotenen KPD. Das macht ihn beim etablierten Hof endgültig zur »Unperson«.

Nicht lang danach zieht Behrisch weg, nach Nordrhein-Westfalen. Seine Schwerpunkte sind der Kampf für Entspannung und gegen die Berufsverbote. Als einer der rund 40.000 Betroffenen outet sich – eher beiläufig – der Kollege Peter Weiss.

Ende der Siebziger kehrt Behrisch, Mitbegründer der deutschen Ostermarsch-Bewegung, dann in die Saalestadt zurück. Wie ein Vermächtnis wirkt sein Auftritt wenige Tage vor seinem Tod: Auf der großen Hofer DGB-Kundgebung anlässlich des Antikriegstags 1989 plädiert er ein letztes Mal leidenschaftlich für Abrüstung und Frieden.

Nachfragen und Ergänzungen aus dem sachkundigen Publikum gab es so viele, dass der Referent eine Fortsetzung versprach. Wer übrigens selbst Informationen zu Arno Behrisch beisteuern kann, möge sich bitte an die GEW Hof oder an Peter Weiss direkt wenden.

von Eva Petermann

### Virtuelles Migrationsmuseum geplant

Das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland (DOMiD) in Köln plant ein virtuelles Migrationsmuseum.

DOMiD steckt sich seit 1990 die Aufgabe, Zeugnisse zur Geschichte der Einwanderung in Deutschland zu sammeln, zu bewahren und auszustellen. Dabei geht es darum, das historische Erbe der Einwander\*innen zu bewahren, festgehalten in sozial-, alltags- und kulturgeschichtlichen Zeugnissen zur Einwanderung nach Deutschland. Die deutsche (Nachkriegs-)Zuwanderungsgeschichte seit dem ersten Anwerbeabkommen 1955 ist immer auch die Geschichte von Ungleichbehandlung und Fremdenfeindlichkeit.

Das nun geplante virtuelle Migrationsmuseum reagiert zum einen auf die Tatsache, dass es in Deutschland noch kein überregional ausgerichtetes Museum zum Thema Einwanderung gibt, das exklusiv Einwanderung bundesweit thematisiert. Zweitens existiert

## Dies & Das

– jenseits von Informationsportalen – überhaupt noch kein Museum, das sich losgelöst von räumlichen Begrenzungen gänzlich im virtuellen Raum befindet. Ein weiterer Grund: Ausstellungen erreichen das Museumspublikum, und das ist eher älter. Die Mediennutzung hat sich verändert. Ein virtuelles Migrationsmuseum trägt dem Rechnung. Durch den Einsatz verschiedenster Medien werden ein breiteres Publikum erreicht und gleichzeitig die komplexen Wandlungsprozesse attraktiv dargestellt.

Es gibt noch viele weitere Möglichkeiten im Netz, etwa: Jede und jeder kann entscheiden, wann der Museumsbesuch stattfindet. Was nicht beachtet wurde: Auch die Zuwander\*innen, die in ihr Herkunftsland zurückgegangen sind, können im Netz die Rahmenbedingungen der Geschichte ihrer Mig-

ration betrachten. Das sind viele Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften und auch ehemalige Hauptamtliche. Wer den einen oder die andere davon kennt, sollte anrufen, wenn das Museum im Netz ist.

Weitere Informationen:

<http://virtuelles-migrationsmuseum.org/>

<http://www.domid.org/de/domid>

### Nazifreie Ohren:

#### Die neue Rock-gegen-Rechts-CD

Nun ist sie da: die CD »Kein Bock auf Nazis« der Gewerkschaftsjugend. Ein akustisches Zeichen gegen rechte Gewalt mit hochprominentem Line-up.

30.000 kostenlose CDs werden seit August 2014 in ganz Deutschland verteilt. 20 Songs von großen Bands, die sich gegen Neonazis und Rassismus engagieren, sind darauf zu hören. Mit dabei sind unter anderem: Die Toten Hosen, Die Ärzte, Beatsteaks, Kraftklub, Donots, Fettes Brot, Deichkind, Marteria, Broilers und ZSK. Die Künstler wollen mit der Aktion gemeinsam ein Zeichen gegen rechte Ge-

## Dies & Das

walt und rassistische Hetze gegen Flüchtlinge setzen.

»Es sollte eigentlich

keinen wundern, aber es ist trotzdem ermutigend und immer wieder beeindruckend, wie viele tolle Bands hier zusammenkommen, um zu sagen, dass sie keinen Bock auf Nazis haben«, sagt Ärzte-Schlagzeuger Bela B. »Im letzten Jahr gab es über 11.000 rechte Straftaten. Besonders Flüchtlingsunterkünfte sind im Visier von Neonazis und Rassist\*innen. Unsere CD ist ein wichtiger Beitrag, um rassistischer Propaganda Kontra zu bieten. Jugendkultur, die sich offensiv gegen Neonazis und Rassismus stellt, muss gestärkt werden«, sagt Christoph Schulze vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum (apabiz) in Berlin.

Finanziert wurde die Aktion allein durch Spenden und die finanzielle Unterstützung von DGB-Jugend, ver.di, Attac, IG-Metall und der GEW.

Weitere Informationen unter:

[www.keinbockaufnazis.de/sampler](http://www.keinbockaufnazis.de/sampler)

Im Rahmen der bundesweiten Veranstaltungsreihe des Netzwerkes der Anna-Lindh-Stiftung »Mittelmeer vor Ort – Begegnungs(t)räume« findet

### am 5. Dezember 2014 in München

um 18.00 Uhr im DGB-Haus  
die Veranstaltung statt:

### Menschenrechte – auch für Flüchtlinge?

Veranstaltungsart: Lern- und Begegnungsstationen

Diskussionen und Austausch

Nach einem Einführungsstatement durch MdEP Barbara Lochbihler zum Thema Menschenrechte und Flüchtlinge bieten wir den Besucher\*innen die Möglichkeit, an verschiedenen »Stationen« mit verschiedenen Organisationen sich zu informieren, zu diskutieren, Ideen zu entwickeln und sich zu vernetzen.

Die Themen-Stationen:

- Recht auf Information – MFR, Infobus
- Recht auf rechtlichen Beistand/Rechtsverfahren – Refugee Law Clinic München
- Recht auf Gesundheit – Refugio
- Recht auf Bildung – SchlaU-Schule
- Recht auf Kultur – Create your voice

Veranstalter:

heimaten e. V., Münchner Flüchtlingsrat, ai AK Asyl u. a.



### Ethik-Gipfel 2014

am 6. Dezember 2014 in München

### Professionalisierung der

### Ethiklehrer\*innenausbildung in Bayern

Ludwig-Maximilians-Universität • Geschwister-Scholl-Platz 1  
M218

Das Schulfach Ethik wird in Bayern noch überwiegend fachfremd unterrichtet, d. h. bayerische Ethiklehrkräfte haben in der Regel keine universitäre Ausbildung in Ethik oder Philosophie. Das muss sich ändern!

- 9.00-12.00 Uhr Präsentation der Ethik-Agenda und Podiumsdiskussion mit Vertreter\*innen aus Wirtschaft und Politik: Julian Nida-Rümelin (LMU München), Markus Tiedemann (FU Berlin), Ulrike Gote (Vizepräsidentin des Bayerischen Landtages/Die Grünen) u. a.
- 14.00-18.30 Uhr Fortbildungsworkshops für Ethiklehrkräfte: Ethik kompetenzorientiert unterrichten, Globales Lernen und Debatten im Ethikunterricht, Philosophieren mit Kindern u. a.

Informationen zum Ethik-Gipfel und zur Agenda:  
[www.kompetenzzentrumethik.uni-muenchen.de](http://www.kompetenzzentrumethik.uni-muenchen.de)  
Kontakt: [etik-gipfel.mke@lmu.de](mailto:etik-gipfel.mke@lmu.de)



Die **Stadt Nürnberg**, als zweitgrößter kommunaler Schulträger in Bayern mit ca. 23.000 Schülerinnen und Schülern an 36 beruflichen Schulen, sucht ab Februar 2015

## Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an beruflichen Schulen

### der Fachrichtungen

**Elektro- und Informationstechnik**

**Metalltechnik**

**Wirtschaftspädagogik**

(Diplom-Handelslehrer/innen bzw. Master of Science)

bevorzugt mit den Zweifächern Mathematik, Informatik, Deutsch, Englisch, Sport (m)

### Ihre Aufgaben

Gesucht werden engagierte Lehrkräfte für den Einsatz an kaufmännischen und gewerblich-technischen Schulen, die den Weg einer modernen Schulentwicklung mitgehen, team- und handlungsorientiert unterrichten, über hohe Fach- und Sozialkompetenz verfügen, zeitgemäße Medien im Unterricht einsetzen, mit ihren kreativen Ideen die Qualität der beruflichen Schulen fördern und sich auch außerhalb der unterrichtlichen Tätigkeit für die Schulgemeinschaft engagieren.

### Wir erwarten

Als Bewerberin/Bewerber haben Sie die 2. Staatsprüfung für das Lehramt an beruflichen Schulen in einer der oben genannten Fachrichtungen erfolgreich abgelegt.

### Wir bieten

eine Beschäftigung nach den Bedingungen des TVöD, bei Vorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen im Beamtenverhältnis.

### Ihre Bewerbung

senden Sie bitte mit aussagefähigen Bewerbungsunterlagen an die Stadt Nürnberg, Personalamt, z. H. Frau Leonhardt (kaufmännische Schulen) bzw. Frau Steindl (gewerblich-technische Schulen), Fünferplatz 2, 90403 Nürnberg. Telefonisch erreichen Sie uns unter 09 11 / 2 31 - 29 81 bzw. - 23 46. Bitte bewerben Sie sich möglichst frühzeitig. Bitte verwenden Sie nur Kopien, weil eine Rücksendung der Unterlagen nicht erfolgen kann. Die Informationen im Internet unter [stellenmarkt.nuernberg.de](http://stellenmarkt.nuernberg.de) sind Bestandteil dieser Stellenausschreibung.

**Chancengleichheit ist die Grundlage unserer Personalarbeit**

## Interessante Veranstaltungen ab November 2014

13.11.2014	»Alphabeth«. Der Dokumentarfilmer Erwin Wagenhofer prangert unser fehlgeleitetes Bildungssystem an. Eine Veranstaltung der GEW Nürnberger Land. Näheres siehe S. 26.	Filmabend mit Diskussion	<b>Neunkirchen a. S.</b> Gaststätte Waldschänke 19.00 Uhr
26.11.2014	<b>Ukraine: Die Waffen nieder oder Fortsetzung des Kalten Krieges.</b> Mit Andreas Zumach. Näheres siehe unten. Eine Veranstaltung der GEW Weisen-Neustadt-Tirschenreuth.	Informations- und Diskussionsabend	<b>Weiden</b> Ev. Vereinshaus 19.30 Uhr
10.1.2015	<b>Was brauchen Kita-Mitarbeiter*innen?</b> Mit Marion Brandl. (Dieses Seminar ist für die Region Nordbayern. Am 18.4.15 folgt eines für die Region Südbayern.) Anmeldeschluss: 17.12.2014	Tagesseminar	<b>Nürnberg</b> Caritas-Pirckheimer-Haus 10.00 - 16.00 Uhr
16.-17.1.2015	<b>Bilder anschauen – den eigenen Augen trauen.</b> <sup>1</sup> Bildergespräche mit Dr. Gabriele Sprigath, Kunsthistorikerin, LMU München. TN-Beitrag: 40 EUR, GEW-Mitglieder: 20 EUR. Anmeldeschluss: 14.11.2014	Zwei-Tages-Seminar	<b>Nürnberg</b> Caritas-Pirckheimer-Haus Fr. 16.00 - Sa. 16.00 Uhr
30.-31.1.2015	<b>Schreib doch schnell mal was dazu! – Teil 1</b> <sup>1</sup> Journalistische Grundregeln, Textformen kennenlernen u. a. Mit Dagmar Thiel, Journalistin. Anmeldeschluss 9.1.2015	Zwei-Tages-Seminar	<b>München</b> DGB-Haus Fr. 16.00 - Sa. 16.00 Uhr
31.1.2015	<b>Computerkurs für Senior*innen.</b> <sup>1</sup> Mit Manfred Doetsch. Wegen Seminarzeiten bitte bei Anmeldung nachfragen. Anmeldeschluss: 21.1.2015	Tagesseminar	<b>München</b> BS Deroystraße
6.-7.2.2015	<b>Mediation bei Konflikten am Arbeitsplatz.</b> Teil 1. (Seminar für Südbayern) Konstruktiver und kreativer Umgang mit Konflikten; Management schwieriger Gespräche. Mit Andreas Wagner. Anmeldeschluss: 17.12.2014	Zwei-Tages-Seminar	<b>Pelham</b> Hotel Seeblick Fr. 16.00 - Sa. 16.00 Uhr
27.-28.2.2015	<b>Schreib doch schnell mal was dazu! – Teil 2</b> <sup>2</sup> Fortsetzung des Seminars vom 30./31.1. mit Dagmar Thiel, Journalistin. Anmeldeschluss 9.1.2015	Zwei-Tages-Seminar	<b>Neumarkt</b> Hotel Schönblick Fr. 16.00 - Sa. 16.00 Uhr

1 Teilnahmegebühr



### Einladung zur nächsten GEW-Film-Preview in München

## Marie Heurtin – Die Sprache des Herzens

Sonntag, 14. Dezember 2014, Atelier, Sonnenstraße 12, München  
Beginn: 11.00 Uhr, Platzanzahl: 204

Marie Heurtin (Ariana Rivoire) wird 1895 taub und blind geboren. Im Alter von 12 Jahren ist sie immer noch nicht fähig zu kommunizieren. Schwester Marguerite (Isabelle Carré) nimmt sich ihrer im Kloster an...

Weitere Informationen zu den Filmen und ggf. zusätzliches Material sowie Informationen zu den Anmeldemodalitäten gibt es auf: [www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de)



### Die Landesfachgruppe Berufliche Schulen der GEW Bayern

trifft sich zu ihrer Fachgruppen-Klausur  
am 21./22. November 2014 in Nürnberg

von Freitag 16.00 Uhr bis Samstag 14.00 Uhr  
im DGB-Haus Nürnberg, Kornmarkt 5-7, 7. Stock, Raum 2a

#### Unsere Themen:

- Rückblick auf die HPR-Wahlen
- Berichte von der Bundesfachgruppe
- Berichte aus den Schulen/Betrieben
- Welche Erfahrungen gibt es mit ESL?
- Inklusion an beruflichen Schulen – Welche Schwerpunkte setzen wir? Welche Perspektiven haben die einzelnen beruflichen Schularten?
- Newsletter: Wie können wir die Kolleg\*innen erreichen? Können wir Material anderer Landesverbände auch in Bayern nutzen?
- Wahl des Fachgruppenvorstands (laut Satzung sollten wir alle drei Jahre den Vorstand neu wählen)

Wegen der Übernachtung und des Essens bitten wir um Anmeldung bei:  
Erwin Saint Paul, Pfeuferstr. 20, 81373 München  
Tel. 089 4488672  
E-Mail: [esaintpaul@mnet-online.de](mailto:esaintpaul@mnet-online.de)



### Der GEW-Kreisverband Weiden-Neustadt-Tirschenreuth

lädt ein zu einer  
Informations- und Diskussionsveranstaltung

am 26. November 2014 in Weiden  
um 19.30 Uhr im Evang. Vereinshaus, Wolframstr. 2

## Ukraine: Die Waffen nieder oder Fortsetzung des Kalten Krieges

Referent: **Andreas Zumach**

Seit Monaten eskaliert die Situation in der Ukraine. Andreas Zumach stellt in seinem Vortrag den aktuellen Konflikt in einen historischen Kontext und zeigt mögliche Wege in dem und für das Land auf, das an der Nahtstelle von Ost und West liegt. Gelingt eine Deeskalation? Erleben wir eine Fortführung des vor fast 25 Jahren beendeten Kalten Krieges? Oder ist dieser eigentlich nie beendet worden?

Zu diesen und vielen weiteren Fragen referiert der freie Journalist am UNO-Sitz in Genf. Er schreibt als Korrespondent für »die Tageszeitung« und die »Frankfurter Rundschau«.

Er wirkt mit an Rundfunk- und Fernsehveranstaltungen in Deutschland, der Schweiz, Österreich, den USA und anderen Ländern. Dafür war er in den letzten Monaten ein oft gefragter Ansprechpartner zur Ukraine. Zumach ist auch seit vielen Jahren Mitglied in der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen).

Kontaktadresse für Nachfragen: [gew\\_wen-new-tir@gmx.de](mailto:gew_wen-new-tir@gmx.de)

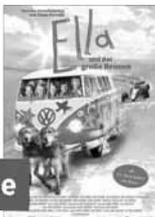
## Veranstaltungen ... Veranstaltungen ... Veranstaltungen ... Veranstaltungen

# GEW-Filmtage für Schulklassen in Fürth 20.-27.11.2014

Babylon-Kino, Nürnberger Str. 3, Fürth

Anmeldung nur per E-Mail möglich bis 11.10.2014 unter [gew-filmtage@gmx.de](mailto:gew-filmtage@gmx.de)

**Ella und das große Rennen**  
Finnland 2013,  
81 Min.



**1. - 4. Klasse**

**Bekas**  
Schweden/  
Finnland/  
Irak 2013,  
97 Min.



**4. - 7. Klasse**

**For no eyes only**  
Deutschland  
2013, 97 Min.



**7. - 10. Klasse**

**Turn me on**  
Norwegen  
2011, 76 Min.



**9. + 10. Klasse**

Die achtjährige Ella ist entsetzt. Ihre wunderschöne alte Schule soll abgerissen werden und einer neuen Formel-1-Rennstrecke weichen. Ella und ihre Freund\*innen will man stattdessen auf eine riesige Schule schicken, von der es heißt, sie sei so groß, dass eine Erstklässerin dort schon seit Monaten vergeblich nach dem richtigen Klassenraum suche. Für Ella und ihre Kamerad\*innen aus der zweiten Klasse steht fest: An diese schreckliche Schule wollen sie auf keinen Fall. Und tatsächlich gibt es noch eine kleine Chance, den Umzug zu vermeiden, denn wenn die Kinder ein Rennen gegen den Formel-1-Weltmeister gewinnen, dürfen sie an der alten Schule bleiben. Den Wettkampf müssen sie allerdings mit einem alten, verranzten Bus ohne Motor bestreiten und die Bager, die ihre geliebte Schule dem Erdboden gleichmachen sollen, rollen bereits an. Die Lage scheint aussichtslos zu sein, aber Ella gibt nicht auf ...

Spielzeiten:

Donnerstag 20.11.: 9.00-10.30 Uhr  
Freitag 21.11.: 9.00-10.30 Uhr  
Montag 24.11.: 11.00-12.30 Uhr  
Dienstag 25.11.: 11.00-12.30 Uhr  
Mittwoch 26.11.: 9.00-10.30 Uhr  
Donnerstag 27.11.: 9.00-10.30 Uhr

Kurdistan zu Beginn der 90er-Jahre: Der obdachlose kurdische Junge Dana und sein jüngerer Bruder Zana sehen einen Ausschnitt aus »Superman« durch ein Loch in der Wand ihres Dorfkinos. Begeistert vom Gesehenen beschließen die beiden Brüder, nach Amerika zu reisen, der »Stadt ihrer Träume«, um dort bei dem Comic-Helden zu leben. Der soll dann alle ihre Probleme lösen, ihr Leben erleichtern und die Menschen bestrafen, die gemein zu ihnen waren. Doch ist es ein weiter und gefährlicher Weg bis in die USA, wobei das Fehlen von Geld und Pässen nur ein Teil der Hindernisse ist, die es zu überwinden gilt. Auch kommen Dana und Zana nicht sonderlich schnell voran, da sie für ihren Trip das landestypische Fortbewegungsmittel Kurdistans nutzen: einen Esel, den sie Michael Jackson taufen. Gut, dass sie immerhin eine Karte haben – und ein Medaillon, das ihnen Kräfte verleihen soll ...

Spielzeiten:

Donnerstag 20.11.: 11.00-12.30 Uhr  
Freitag 21.11.: 11.00-12.30 Uhr  
Montag 24.11.: 9.00-10.30 Uhr  
Dienstag 25.11.: 9.00-10.30 Uhr  
Mittwoch 26.11.: 11.00-12.30 Uhr  
Donnerstag 27.11.: 11.00-12.30 Uhr

Sam ist ein Computer-Nerd und kann diesem Hobby gerade ausgiebig frönen, denn nach einem Hockeyunfall ist er mit einem Gipsbein an sein Zimmer gefesselt und vertreibt sich die schier endlose Langeweile mit dem Surfen im Internet. Dabei stößt er auf ein Programm, mit dessen Hilfe man Webcams an fremden Computern hacken kann. Es dauert nicht lange, bis er zum Voyeur wird und seine Klassenkamerad\*innen wie durch ein Fenster beobachtet, ohne dass sie es merken. Er späht auch den neuen Schüler Aaron aus. Dieser ist ein wenig geheimnisvoll und hat ganz offensichtlich Probleme mit seinen Eltern. Sam beobachtet, wie Aaron ein Messer in seinem Zimmer versteckt. Bald darauf sind dessen Eltern spurlos verschwunden. Misstrauisch beginnt der stille Beobachter, dem Fall nachzugehen. Unterstützt wird er von seiner Mitschülerin Livia, die derweil herausgefunden hat, was Sam so treibt.

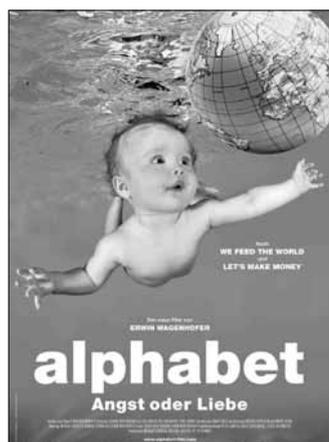
Spielzeiten:

Donnerstag 20.11.: 11.00-12.30 Uhr  
Freitag 21.11.: 11.00-12.30 Uhr  
Montag 24.11.: 9.00-10.30 Uhr  
Dienstag 25.11.: 9.00-10.30 Uhr  
Mittwoch 26.11.: 11.00-12.30 Uhr  
Donnerstag 27.11.: 11.00-12.30 Uhr

Alma ist eine 15-jährige Teenagerin, die in dem langweiligen, kleinen norwegischen Dorf Skoddenheimen wohnt und eine ausgesprochen aktive Fantasie hat. Almas hyperaktive Hormone erschweren ihre sowieso schon komplizierten Beziehungen zu ihrer andauernd besorgten Mutter, einer neugierigen Nachbarin und einigen zickigen Freunden. Im Gegensatz zu anderen Teenagern, denen nichts anderes als Sex im Kopf herumspukt, verbringt Alma ihre Zeit nicht damit, »es« tatsächlich zu tun, sondern gibt sich mit ihren Gedankenspielen zufrieden. In ihren Tagträumen stellt sie sich oft sehnsuchtsvoll eine romantische Liebesbeziehung mit Artur vor – aber auch an andere Kerle verschwendet sie den ein oder anderen erotischen Gedanken. Als sie ihren Freundinnen erzählt, wie Artur sie mit seinem Gemächt betört haben soll, gerät sie unversehens ins soziale Abseits. Nun kämpft sie um Rehabilitation und ihre große Liebe ...

Spielzeiten:

Donnerstag 20.11.: 9.00-10.30 Uhr  
Freitag 21.11.: 9.00-10.30 Uhr  
Montag 24.11.: 11.00-12.30 Uhr  
Dienstag 25.11.: 11.00-12.30 Uhr  
Mittwoch 26.11.: 9.00-10.30 Uhr  
Donnerstag 27.11.: 9.00-10.30 Uhr



**Film- und Diskussionsabend im GEW-Kreisverband Nürnberger Land**

## Dokumentarfilm »Alphabet«

**Donnerstag, 13. November 2014, 19.00 Uhr**  
**Gaststätte Waldschänke, Neunkirchen a. S.**

Der Dokumentarfilmer Erwin Wagenhofer prangert unser fehlgeleitetes Bildungssystem an. Für seine Betrachtung von Bildungssystemen im Zeichen der Globalisierung hat er prominente Experten vor seine Kamera geholt: Gerald Hüther, einen vehementen Kritiker des steigenden Leistungsdrucks in den Schulen, den ehemaligen Personalvorstand und Arbeitsdirektor der Deutschen Telekom Thomas Sattelberger, den Pädagogen Arno Stern und dessen Sohn André, Komponist und Gitarrenbaumeister, der nie eine Schule besucht hat.

Der Film dauert 110 Minuten. Der Eintritt ist frei.

Anmeldung bitte an Hermann Hagel, Tel. + Fax 09128 729051, [hermann.hagel@t-online.de](mailto:hermann.hagel@t-online.de)

## Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Karin Just • GEW Bayern • Schwanthalerstr. 64 • 80336 München • ☎ 0 89/54 40 81-0 • Fax: 0 89/5 38 94 87 • Karin.Just@gew-bayern.de

**Ansbach** Pädagogischer Stammtisch in regelmäßigen Abständen, Termine dazu und weitere Informationen: [www.gew-ansbach.de](http://www.gew-ansbach.de)  
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 0 98 02/95 31 42

**Aschaffenburg/Miltenberg** Termine und Themen der Treffen siehe Aktionskalender auf [www.gew-aschaffenburg.de](http://www.gew-aschaffenburg.de)  
Kontakt: Christiane Hirsch-Holzheimer, ☎ 0 60 24/77 23

**Augsburg** jeden 1. Schulmittwoch im Monat offene Vorstandssitzung ab 19.30 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2  
Kontakt: Martin Proißl, ☎ 08 21/3 49 85 53, [info@gew-augsburg.de](mailto:info@gew-augsburg.de)

**Bad Neustadt** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

**Bad Tölz/Wolfratshausen** Offener Treff jeden 1. Donnerstag im Monat 20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried  
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

**Bamberg** Termine/Themen der Treffen siehe: [www.gew-oberfranken.de](http://www.gew-oberfranken.de)  
Kontakt: Ernst Wilhelm, ☎ 09 51/6 78 88

**Bayreuth** am 1. Mittwoch oder 1. Donnerstag (alternierend) im Monat 19.30 Uhr Stammtisch mit Vorstands-Treff, Gaststätte Lochner, Badstraße, BT  
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90, Roland Dörfner, ☎ 09 21/9 26 55

**Coburg** jeden 2. Mittwoch im Monat, 20.00 Uhr, Da Mario, Sally-Ehrlich-Str.7, Coburg  
Kontakt: Jürgen Behling, ☎ 0 95 66/80 80 60, [behling.j@gmx.de](mailto:behling.j@gmx.de)

**Donau-Ries/Dillingen** mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth  
Kontakt: Josef Hörmann, ☎ 09 06/9 10 84, [johoermann@t-online.de](mailto:johoermann@t-online.de)

**Erding** Stammtisch jeden dritten Donnerstag des Monats (außer Ferien) 19.30 Uhr beim Wirt in Riedersheim  
Kontakt: Paul Horn, ☎ 0 81 22/9 11 80, [horn@mediowin.de](mailto:horn@mediowin.de)

**Erlangen** jeden Dienstag Sprechstunden von 17.00 -18.00 Uhr, Arbeitslosenberatung: jeden 1. + 3. Mittwoch im Monat, 18.00 - 19.00 Uhr, Friedrichstr. 7  
Kontakt: ☎ 091 31/8 11 94 51, [info@gew-erlangen.de](mailto:info@gew-erlangen.de), [www.gew-erlangen.de](http://www.gew-erlangen.de)

**Forchheim** jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr Vogelgässler, Vogelstr. 16  
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

**Fürth** Sprechzeiten im GEW Bezirksbüro, Luisenstr. 2 90762 Fürth am Dienstag von 14.15 Uhr bis 16.15 Uhr

**Fürth »Gewerkschaftlicher Durchblick«** jeden 1. Dienstag im Monat 19.00 Uhr, »Zu den sieben Schwaben«, Otto-Seling-Promenade 20  
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

**Hof** monatliche Treffen: Mittwoch 20.00 Uhr, Hof Konkrete Termine bitte anfragen.  
Kontakt: Karl-Heinz Edelmann, [edekarl@yahoo.de](mailto:edekarl@yahoo.de)

**Ingolstadt/Eichstätt/Neuburg** offene Vorstandssitzung am 3. Donnerstag im Monat (außer Ferien) ab 19.00 Uhr im Gewerkschaftshaus Ingolstadt  
Kontakt: L. P. Thierschmann, ☎ 08 41/98 06 39 u. [thierschmann.gew@email.de](mailto:thierschmann.gew@email.de)

**Kempten** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

**Lindau** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

**Main-Spessart** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos, ☎ 0 93 52/57 68 oder Wolfgang Tröster, ☎ 0 93 53/81 81

**Memmingen/Unterallgäu** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 0 83 31/6 40 00 09 [gew-unterallgaeu@gmx.de](mailto:gew-unterallgaeu@gmx.de)

**München Fachgruppe Berufliche Schulen**  
Termine auf Anfrage  
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

**München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen**  
Termine: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de)  
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

**München Fachgruppe Gymnasien**  
Termine auf Anfrage  
Kontakt: Andreas Hofmann, [andreas.hofmann@gew-bayern.de](mailto:andreas.hofmann@gew-bayern.de)

**München Fachgruppe Hochschule und Forschung**  
Termin: Jeden 1. und 3. Montag im Monat, 19.00 - 21.00 Uhr  
Kontakt: michael.bayer@gew-muenchen.de

**München Fachgruppe Realschulen** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Michael.Hemberger, [hembergermiche@aol.com](mailto:hembergermiche@aol.com)

**München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe**  
Termine: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de)  
Kontakt: Wolfram Witte, ☎ 0 89/13 46 54

**München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe** jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus  
Programm: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de)  
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

**München Lehramtskampagne an der Universität und GEW-Studierende**  
Kontakt: la-m@gew-bayern.de

**München AK Personalräte und Vertrauensleute** monatlich Treffen: Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus, Termine auf Anfrage  
Kontakt: Hacki Münder, ☎ 0 89/4 48 39 16 und Franz Stapfner, ☎ 0 89/5 80 53 29

**München Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM)**  
Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: daniela.kern@ajum.de, ☎ 01 70/5 43 04 55

**München AK »friedliche\_Schule und Hochschule«**  
1. Schulmontag, 17.00 Uhr, DGB-Haus, Kontakt: StephanLip@web.de

**Neumarkt/Oberpfalz** Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice  
Kontakt: Sigi Schindler, ☎ 0 91 85/10 91

**Neu-Ulm/Günzburg** Treffen: monatlich, Termin auf Anfrage  
Gasthaus Lepple, Vöringen, oder Pizzeria Helfenstein, Ulm  
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

**Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen**  
Termine auf Anfrage  
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

**Nürnberg Fachgruppe Grund- und Hauptschulen**  
Termine und Infos unter [www.gew-nuernen.de](http://www.gew-nuernen.de)  
Kontakt: Werner Reichel, ☎ 09 11/30 14 91

**Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken**  
Termine und Infos unter: [www.gew-fachgruppe.de](http://www.gew-fachgruppe.de)  
Kontakt: Stephan Stadlbauer, ☎ 09 11/7 36 03 10

**Nürnberger Land** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

**Pfaffenhofen** jeden 2. Donnerstag im Monat 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern  
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

**Regensburg** jeden 2. Donnerstag im Monat, ab 19–.30 Uhr, Stefanos, Bruderwöhrdstr. 15  
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

**Regensburg gemeinsame Studierendengruppe GEW/ver.di**  
14-tägig dienstags, genaue Termine unter: <http://shk.wie-studieren.de> oder <http://jugend-oberpfalz.verdi.de/studierende/studentengruppe>  
Kontakt: Jan Bundesmann, [jan.bundesmann@gmx.de](mailto:jan.bundesmann@gmx.de)

**Rosenheim/Kolbermoor** jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, im »Z - linkes Zentrum«, Innstr. 45, Rosenheim  
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57 [www.gew-rosenheim.de](http://www.gew-rosenheim.de)

**Schweinfurt** jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr  
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

**Selb** jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße  
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

**Sulzbach-Rosenberg** jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr  
Gaststätte Sperber  
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

**Weiden** jeden 1. Schulmontag im Monat, 19.30 Uhr, Postkeller, Leuchtenbergerstr. 66, Weiden, [plobenhofer@yahoo.com](mailto:plobenhofer@yahoo.com)  
Kontakt: Philip Lobenhofer, ☎ 09 61/3 81 67 62

**Weißenburg (Mfr.)** jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr Casino  
Kontakt: Harald Morawietz, [post@gew-wug.de](mailto:post@gew-wug.de), [www.gew-wug.de](http://www.gew-wug.de)

**Würzburg** jeden 2. Mittwoch (ab 1. Schulmittwoch nach Ferien), 19.00 Uhr, Gaststätte »Am Stift Haug«, Textorstraße 24, Würzburg  
Kontakt: Sigrid Schwab, ☎ 0 93 64/5 07 90 75